

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

WALTER A. BERENDSOHN

Thomas Mann und das Dritte Reich

Der Verfasser dieses Artikels war bis 1933 Extraordinarius für Literaturwissenschaft an der Universität Hamburg. Seitdem lebt er im Ausland. In diesen Jahren hat er sich wie kaum ein anderer mit den literarischen Erzeugnissen derjenigen Deutschen befaßt, die seit 1933 zu emigrieren gezwungen waren.

Professor Edmond Vermeil, Sorbonne, Paris, behandelt in seinem Buch *Doctrinaires de la Révolution Allemande* (Paris 1938), Thomas Mann als einen geistigen Vorläufer der nationalsozialistischen Revolution. Dies ist, meine ich, recht irreführend. Zwar gibt es merkwürdige Äußerungen in Thomas Manns Werken, besonders in *Betrachtungen eines Unpolitischen* (1918), die er schrieb, als sein Bruder Heinrich ihn wegen seiner Haltung im ersten Weltkrieg angriff, z. B. *Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur, und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst, und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur.* Unpolitisch sein ist also für ihn ein Zeichen deutschen Adels! Er schreibt auch: *Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und daß der viel verschrieene „Obrigkeitsstaat“ die dem deutschen Volke angemessene, zukünftliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt.* Die ganze demokratisch-nationale Bewegung, die ihren Höhepunkt 1848 in der Nationalversammlung in der Paulskirche, Frankfurt a/M., erreichte, existiert nicht für ihn! Solche Stellen zeigen, daß Mann 1918 wirklich unpolitisch war, und mit ihm allzu viele bürgerliche Intellektuelle in Deutschland. Schopenhauer war ihr Lieblingsphilosoph. Tragisch genug waren sie stolz auf ihre innere Freiheit, ohne einzusehen, daß sie in der Politik verteidigt werden muß und nicht bestehen kann ohne die politische Freiheit. Insoweit zog der Nationalsozialismus Vorteil aus der unpolitischen Haltung der bürgerlichen Intellektuellen; aber diese geistige Strömung (wie viele andere) wurde von den nationalsozialistischen Führern nur ausgenutzt, um zur Macht zu kommen und sich in ihr zu halten. Die Triebkräfte der deutschen Umwälzung von 1933 sind nicht hauptsächlich auf geistigem Gebiete zu suchen, sondern im Kampf um politische Macht und die mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Interessen. Es ist sehr zweifelhaft, ob man im Zusammenhang mit Hitler überhaupt von einer Revolution sprechen darf: er hielt immer zusammen mit den Mächtigen, und die Volksmassen, die er als Demagoge mit sich riß und die ihm den Weg zur Macht bahnten, verachtete und betrog er, am offensichtlichsten bei der Aktion gegen die SA-Führer am 30. Juni 1934.

Thomas Manns Haltung änderte sich stark während der 20er Jahre. Er war bis dahin Neuromantiker mit Wagner, Schopenhauer und Nietzsche als Dreigestirn an seinem geistigen Firmament. Nun näherte er sich Goethe und vertiefte sich jahrzehntelang in das Studium seiner Persönlichkeit und seiner Werke. Man bekommt einen Eindruck von dem Umfang und der Eindringlichkeit dieser Studien, wenn man seine Goetheessays liest:

Goethe und Tolstoi (1922),

Goethe als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters (1932),

Goethes Laufbahn als Schriftsteller (1932),

Über Goethes Faust (1938).

Diese vier sind jetzt vereinigt in *Adel des Geistes*, Stockholm (1945).

Goethes Werther, jetzt in *Altes und Neues*, Frankfurt (1953);

Phantasie über Goethe, jetzt in *Neue Studien*, Stockholm (1949);

Goethe und die Demokratie, Zürich (1949);

Frankfurter Ansprache im Goethejahr, jetzt in *Altes und Neues*, Frankfurt (1953).

Dazu kommt der Roman *Lotte in Weimar* (1939), der ein unvergängliches Bild des alternden Goethe von 1816 gibt.

Gemäß Schillers berühmter Abhandlung *Über naive und sentimentalische Dichtung* gehört Goethe zum „naiven“, Thomas Mann zum „sentimentalischen“ Typus. Es war daher bewußte Selbsterziehung, daß er als reifer Mann (im Alter von ungefähr 45 Jahren) Goethe zum Vorbild wählte; er spricht sogar von *imitatio*, Nachfolge. Obwohl er

INHALT DIESER AUSGABE:

Walter A. Berendsohn:

„Thomas Mann und das Dritte Reich“

Helmut Thielicke:

„Was sagen wir den jungen Kommunisten
am Tage X?“

Paul Wentzcke:

„Heinrich von Gagern,
Präsident der ersten deutschen Nationalversammlung“

Goethe mehrmals *unpolitisch* oder *antipolitisch* nennt, was er ganz gewiß nicht war, näherte sich Mann nach der Niederlage Deutschlands 1918 rasch auch der Politik. 1923 veröffentlichte er seine Rede *Von deutscher Republik*. Er wurde Mitglied des internationalen PEN-Klubs, der nach seinen Satzungen die Völkerverständigung fördern soll, und nahm eifrig an den Kongressen teil. Auf seinem 50. Geburtstag (1925) kam es zur Versöhnung mit dem Bruder Heinrich in München. 1926 fuhr Thomas Mann nach Paris; er wurde von Henri Lichtenberger als „außerordentlicher Gesandter des deutschen Geistes“ begrüßt und schrieb danach seine *Pariser Redenschaft* (1926). Als der Dichter 1929 den Nobelpreis in Stockholm entgegennahm, war er nicht mehr ein konservativer deutscher Bürger, sondern ein Europäer und Weltmann und gab seiner Rede beim Nobelfest eine politische Wendung, indem er im Namen des (besiegten) deutschen Volkes für die Auszeichnung dankte.

Trotzdem blieb Mann auch in den 20er Jahren im Grunde ein unpolitisch denkender Mensch und überschätzte den Einfluß, den

Schriftsteller auf das weltgeschichtliche Geschehen haben. Beim Festmal des PEN-Klubs in Warschau 1924 sagte er u. a.: *Gibt es eine Gemeinschaft der geistigen Menschen in Europa, welche erklärt, wir wollen keinen Krieg, aus keinem Grunde, unter keinem Vorwande, wir verweigern, wenn ihr es zu einem kommen laßt, dem heute geistig unmöglichen Unternehmen jede moralische Unterstützung, wir verneinen es und ziehen uns unter Protest zurück, — meine Herrschaften, es ist keine Utopie, sondern eine praktisch-reale Tatsache heutiger Machtverhältnisse: dann wird der Krieg nicht sein.* (*Altes und Neues*, S. 283.)

Am 14. September 1930 zog die nationalsozialistische Partei in den Deutschen Reichstag ein mit 106 gewählten uniformierten Mitgliedern. In Berlin richtete Thomas Mann am 17. Oktober seinen Appell an die Vernunft an das Bürgertum und empfahl ihm, sich an die Seite der kulturfrendlichen Sozialdemokratie zu stellen gegen den Ansturm der nationalsozialistischen undeutschen Barbarei. Am 10. Februar 1933 sprach der Dichter in München über *Richard Wagners Glück und Leiden* und benützte den Anlaß, um gegen die Anmaßung der Nationalsozialisten zu protestieren, daß sie Wagners Namen für sich in Anspruch nahmen, und gegen ihren schon beginnenden Kulturterror. Der Wiederhall in der Presse war böseartig. Freunde gaben dem Redner, der gleich nach seiner Rede eine geplante Vortragsreise über Wagner ins Ausland angetreten hatte, den guten Rat, nicht wieder in sein Münchener Heim zurückzukehren. Er wurde — — Emigrant.

Bis zum Schluß des Jahres 1935 trat Thomas Mann im Ausland nicht öffentlich gegen das Dritte Reich auf; er lieferte z. B. keine Beiträge zu *Klaus Manns* Zeitschrift *Die Sammlung*, Amsterdam 1933—35. Er glaubte, er könnte vielleicht die Entwicklung in der Heimat noch beeinflussen, wenn er die Verbindung mit seinen Lesern aufrechterhielt, er könnte sie stärken in ihrem inneren Widerstand durch die Bücher, die in der Tat noch bei S. Fischer in Berlin 1933 und 1935 herauskamen, die ersten beiden Bände seines Romans *Joseph und seine Brüder*. Aber am 3. Februar 1936 stand in der *Neuen Zürcher Zeitung* Manns Erwide-

rung auf einen Artikel *Eduard Korrodis*, der ihn aufforderte, Abstand zu nehmen von den jüdischen emigrierten Schriftstellern; es war die erste scharf verurteilende öffentliche Äußerung gegen die Schreckensherrschaft des Dritten Reiches. Seine Machthaber raubten ihm am 2. Dezember 1936 die deutschen Staatsbürgerrechte, und am 19. des gleichen Monats teilte ihm die Philosophische Fakultät in Bonn mit, daß sie ihm den früher verliehenen Ehrendoktor entzogen habe. Thomas Manns Antwort vom Jahreswechsel 1936/37 erschien unter dem Titel *Ein Briefwechsel*, ein klares und schlichtes Bekenntnis, erfüllt von seinem tiefsten, reinen und ergreifenden Pathos, das er sonst in seiner Dichtung so gern verhüllt unter einer Schicht von glitzernder Ironie, ein großes document humain. Darin lesen wir u. a.: *Ich hätte nicht leben, nicht arbeiten können, ich wäre erstickt ... ohne von Zeit zu Zeit meinem unergründlichen Abscheu vor dem, was zu Hause in elenden Worten und elenderen Taten geschah, unverhohlenen Ausdruck zu geben. ... Ein deutscher Schriftsteller, an Verantwortung gewöhnt durch die Sprache, ... sollte schweigen, ganz schweigen zu all dem unsühnbar Schlechten, was in meinem Lande an Körpern, Seelen und Geistern, an Wahrheit und Recht, an Menschen und an dem Menschen täglich begangen wurde und wird? Zu der furchtbaren Gefahr, die dies menschenverderberische ... Regime für den Erdteil bedeutet? Es war nicht möglich. — Der einfache Gedanke daran, wer die Menschen sind, denen die erbärmlich-äußerliche Zufallsmacht gegeben ist, mir mein Deutschtum abzusprechen, reicht hin, diesen Akt in seiner ganzen Lächerlichkeit erscheinen zu lassen. Das Reich, Deutschland soll ich beschimpft haben, indem ich mich gegen sie bekannte! Sie haben die unglaubliche Kühnheit, sich mit Deutschland zu verwechseln! Wo doch vielleicht der Augenblick nicht fern ist, da dem deutschen Volke das Letzte daran gelegen sein wird, nicht mit ihnen verwechselt zu werden. — Gott helfe unserem verdüsterten und mißbrauchten Lande und lehre es, seinen Frieden zu machen mit der Welt und sich selbst.*

Beweise des Abscheus

Seine deutschen Gegner versuchten nach 1945 seine Haltung zum Dritten Reich zu verdächtigen auf Grund seines langen Schweigens zwischen 1933 und 1935. Man spürte ein Gesuch an die nationalsozialistische Regierung auf um Auslieferung seines in München beschlagnahmten Eigentums. Ein Berufspolitiker hätte zwar diesen Brief nicht geschrieben. Aber daß der Dichter Thomas Mann, vielleicht auf Anraten eines Rechtsanwaltes, u. a. seine Bibliothek wiederzuerlangen suchte, ist kein Unrecht, da er keinerlei Gegendienstleistungen zusagte. Selbstverständlich geschah es völlig vergeblich! Aber außerdem gibt es eine Anzahl wesentlicher Zeugnisse seiner Einstellung zum Dritten Reich aus dieser Periode:

Briefe an Walter Perl 1932—33; vgl. *Walter Perl, Thomas Mann 1933—45*, New York 1945, S. 55 und 57.

Thomas Mann, Leiden an Deutschland, Tagebuchblätter aus den Jahren 1933—34, Los Angeles 1946.

Briefe an einen Schweizer 1930—45, Altes und Neues, S. 731 ff.

Briefe an Karl Kerényi 1934—41 in *Karl Kerényi, Roman-dichtung und Mythologie*, Zürich 1945, jetzt *Altes und Neues*, S. 751 ff.

Ein Brief an Harry Slochower vom 1. November 1935 in *Harry Slochower, Three Ways of Modern Man*, New York 1937, S. 229 f.

Alle diese Dokumente zeigen das gleiche: Manns Abscheu vor der ganzen nationalsozialistischen Bewegung, sein Mitleid mit dem irregeleiteten deutschen Volke. Eine besonders aufschlußreiche Lektüre ist Manns eigenes Tagebuch von 1933—34. Wie unbehauene Steinblöcke liegen in ihm verstreut viele der Gedanken, die später in seinen Manifesten vorkommen. Seine Verachtung der nationalsozialistischen Führer tritt ganz unverhüllt hervor. Er stellt melancholische Betrachtungen an über den menschlichen Geist, der sich gegen die Herrschaft der Vernunft wendet, um dem Leben selbst zu seinem Recht zu verhelfen, und entsetzt ist, wenn man dies in blutige politische Wirklichkeit umsetzt. Aber der Schreiber des Tagebuches ist nicht nur Moralist, sondern folgt den politischen Ereignissen mit wacher Aufmerksamkeit und sieht hinter ihnen den großen Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Macht- und Interessenkampf. Hitler ist in seinen Augen die Verkörperung des

faschistischen Geistes, der mit Gewalt die kapitalistische Gesellschaftsform bewahren soll. Mann steht nun so positiv zur Politik, daß er sie durch einen Vergleich mit der Kunst ehrt. Aber die Nationalsozialisten verstehen nichts von der Idee der politischen Freiheit. Und mitten in diesen traurigen Gedankengängen stehen Stoßseufzer über sein Volk: *Was wird aus dem unglücklichen, jetzt berauschten und scheinungsglücklichen deutschen Volk? Welche Enttäuschungen wird es noch hinunterwürgen, welche physischen und seelischen Katastrophen sind ihm aufgespart? — Unglückliches, vereinsamtes, irres Volk, von wüsten und dummen Abenteurern geleitet, die es für mythische Helden hält.*

In einem Brief an Karl Kerényi schrieb Mann schon am 4. August 1934 von einer notwendigen Unterbrechung der literarischen Arbeit am *Josephroman*, um ein größeres Werk gegen den Nationalsozialismus zu schreiben, ähnlich den *Betrachtungen eines Unpolitischen*, aber nun ein politisches Werk. Dieses Buch kam nicht zustande, aber die Manifeste folgten von Anfang 1937 an rasch aufeinander, und 1938 kam *Achtung Europa* heraus, eine Sammlung aller seit 1930.

Mit diesem Buche fügte sich der große Dichter endlich auch in die humanistische Front ein, welche die deutschen emigrierten Schriftsteller rings um das Dritte Reich gebildet hatten, der seine Kinder *Erika* und *Klaus Mann* und der Bruder *Heinrich Mann* schon seit 1933 angehörten. Das Wort *Europa* ist in den Titel nicht zufällig hineingeraten, es kommt recht häufig vor auf deutschen Emigrantenbüchern zwischen 1933 und 1939, z. B.:

Georg Bienstock, Europa und die Weltpolitik, die Zonen der Kriegsgefahr, Karlsbad 1936;

Anna Siemsen, Diktatur oder europäische Demokratie, Paris 1936;

Fritz von Unruh, Europa erwache, Basel 1936;

Konrad Heiden, Ein Mann gegen Europa, Adolf Hitler, eine Biographie, 2. Band, Zürich 1937;

Erich Kahler, Der deutsche Charakter in der Geschichte Europas, Zürich 1937;

Friedrich Wilhelm Förster, *Europa und die deutsche Frage*, Luzern 1938;

Max Seydewitz, *Hakenkreuz über Europa*, Paris 1939.

Alle politisch wachen, intellektuellen Emigranten waren während dieser Zeit einig darüber, daß Hitlers Eroberung der Macht in Deutschland keine innerpolitische Angelegenheit war, sondern die systematische Vorbereitung des zweiten Weltkrieges bedeutete. Aber es gab nur wenige Politiker in verantwortlicher Stellung, die auf ihre Warnungen hören wollten.

Daß Thomas Mann sich auch in dieser gefährlichen Lage nicht immer vorbehaltlos der politischen Front einfügte, beweist sein Beitrag zu Leopold Schwarzschilds Zeitschrift *Das neue Tagebuch* 1938 *Bruder Hitler* (vgl. *Altes und Neues* S. 622 ff.). Der Dichter überwindet seinen Abscheu und widmet dem Phänomen Hitler einen interessanten Essay. Er hält es für eine entartete Form von Künstlertum (so wie er früher schon einen Prinzen in *Königliche Hoheit*, einen Hochstapler in *Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull*, einen Hypnotiseur in *Mario und der Zauberer* als Parallelscheinungen des Künstlers betrachtet hatte) und darum als einen *Bruder*, ja sogar als ein *Genie*. Das ist gewiß ein ironisches, intellektuelles Spiel auf einem Hintergrund von Menschen-

kunde, von verwickelter Psychologie, fesselnd zu lesen nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs und Hitlers Tod, aber als Publikation 1938 war es, politisch gesehen, unmöglich!

Von 1933 bis 1938 lebte der Dichter in Küßnacht am Vierwaldstätter See. Als ihm vom Dritten Reich die Bürgerrechte genommen wurden, machte Präsident Thomas Masaryk ihn zum tschechoslowakischen Staatsbürger. Nach Hitlers Einzug in Wien verließ Mann die Schweiz und wanderte weiter nach den Vereinigten Staaten von Amerika, die in dieser Periode 15 seiner literarischen Arbeiten übersetzt hatten und ihn nun selbst ehrenvoll aufnahmen. Er hielt Vorlesungen in der Princeton-Universität über Goethes *Faust* und ließ sich dann in Pacific Palisades nahe Los Angeles in Kalifornien nieder. Er setzte in Amerika den Kampf gegen das Dritte Reich fort. Begleitet von seiner Tochter Erika reiste er in dem großen Lande herum und hielt viele Male auf Englisch seinen Vortrag *Vom künftigen Sieg der Demokratie* (Zürich 1938). Im Herbst sollte der PEN-Kongreß in Stockholm tagen, wurde aber infolge des Kriegsausbruchs abgesagt. Thomas Mann hatte einen Vortrag *Das Problem der Freiheit* zugesagt (gedruckt Stockholm 1939). Hier ist nicht mehr von der inneren Freiheit allein die Rede, sondern hauptsächlich von der politischen Freiheit.

Wortführer des „kämpfenden Humanismus“

Zwischen der deutschen politischen Emigration und der Widerstandsbewegung in der Heimat entwickelte sich ein lebhafter Verkehr über alle Grenzen des Dritten Reichs durch illegale Kuriere. Einer von ihnen sagte über die Emigrantenliteratur: *Ich muß mir bei jeder deutschen Schrift, die im Ausland erscheint, überlegen, ob es sich lohnt, den Kopf für sie zu wagen, d. h. sie über die Grenze einzuschmuggeln.* Es gab eine recht große und reichhaltige Literatur in Miniaturform, gedruckt auf hauchdünnem Papier mit sehr kleinen Buchstaben, getarnt durch falsche Umschlagtitel. Thomas Manns *Ein Briefwechsel* (mit Bonn) wurde in Zehntausenden von Exemplaren im Dritten Reich verbreitet. Aber während des zweiten Weltkrieges bekam Mann selbst Gelegenheit in das Dritte Reich einzudringen und zu den Deutschen zu sprechen — durch den Rundfunk. Ich erinnere mich noch gut des Abends, als seine Stimme zum erstenmal über den Atlantik zu uns drang, zu einer kleinen Schar deutscher Emigranten in Kopenhagen: es war nicht die des Vorlesers aus eigenen literarischen Werken, die wir von daheim kannten, die sich auf den gekräuselten Wellen seiner ironisch glitzernden Prosa wiegte, es war ein ernster, zorniger Prediger, der zum Gewissen seines deutschen Volkes sprach. Seine 55 Rundfunkansprachen, ungefähr eine monatlich, liegen gedruckt vor. *Deutsche Hörer!* Stockholm 1945. Ihre politische Wirkung mitten im Kriege soll hier nicht diskutiert werden. Jedenfalls wissen wir, daß sie im Dritten Reich gehört wurden und daß sie das andere Deutschland trösteten und stärkten, in der Heimat und im Exil. Ihre Bedeutung liegt zweifellos mehr auf dem pädagogisch-moralischen Gebiet als auf dem politischen, obwohl z. B. die Huldigung bei Roosevelts Tode von größtem Format ist. Aber der unbeugsame Glaube des Dichters an den Sieg der Demokratie über das Dritte Reich, als Hitler auf der Höhe seiner Macht stand und fast den ganzen europäischen Kontinent beherrschte, macht dieses Buch zu einem unvergänglichen Denkmal seiner geistigen Widerstandskraft. Ich füge hier nur ein Stückchen aus seiner Ansprache vom Mai 1941 ein, als Hitlers Heere das kleine tapfere Griechenland niederzwangen, mit dem Italien nicht fertig werden konnte. Der Redner erinnerte an Leonidas und seine 300 Spartaner, die an den Thermopylen für die Freiheit starben und sagte: *Eure Gewaltherrn haben euch eingebleut, die Freiheit sei ein veralteter Plunder. Glaubt mir, die Freiheit ist immer noch — sie wird, unberührt von allem Geschwätz der Philosophaster und allen Launen der Geistesgeschichte, ewig dasselbe sein, was sie vor 2000 und etlichen Jahren war: das Licht und die Seele des Abendlandes; und die Liebe, der Ruhm der Geschichte wird denen gehören, die für sie starben, nicht denen, die sie mit Tanks in den Grund wälzten.*

Die Freiheit ist das Licht und die Seele des Abendlandes! Mit solchen Wortprägungen wurde Thomas Mann (ohne Abstimmung) Wortführer und Sprachrohr der humanistischen Front rings um das Dritte Reich. Er schuf ihr im Anschluß an die alte Formel *ecclesia militans* die Losung vom kämpfenden Humanis-

mus. Es ist erstaunlich, in welchem Umfang er lebendige Verbindung aufrechterhielt mit dem literarischen Leben der deutschen Emigranten in allen fünf Erdteilen, mit den Emigrantenzentren in Europa, den Vereinigten Staaten, Mexiko, Argentinien, Chile, Palästina usw. Überall in der deutschen Emigrantenpresse findet man seine Aufsätze, Manifeste, Jubiläumsbeiträge, Nekrologe, überall erscheinen seine Briefe an Schriftsteller und andere Intellektuelle, und nicht wenige können ein Buch mit seinem Vorwort oder seiner anerkennenden Äußerung veröffentlichen. Thomas Mann nimmt alle Verpflichtungen seiner führenden Stellung auf sich und stärkt dadurch die humanistische Front (vgl. Berendsohn, *Die humanistische Front, Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur* I, 1933 — Kriegsausbruch 1939, Zürich 1947; II, Kriegsausbruch 1939—1947, Manuskript, deponiert zusammen mit umfangreichen Sammlungen in der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/M.).

Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts nennt man (nicht nur in Deutschland) „Das Zeitalter der Humanität“, Deutschland selbst „Das Land der Dichter und Denker“. Damals umfaßte die Idee der Humanität wie eine Ellipse zwei Brennpunkte: in dem einen steht die menschliche Persönlichkeit, in dem anderen die menschliche Gemeinschaft, beide als erstrebte Ideale, fest miteinander verbunden. Übersetzt man Humanität mit Menschlichkeit, so galt es also nicht nur, sie im Einzelmenschen und zwischen Einzelmenschen zu verwirklichen, sondern auch in der Gesellschaft, im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben. In den Werken und der Weltanschauung Kants und Goethes z. B., wo die großen Überlieferungen aus Griechenland und Palästina sich begegneten und vereinigten, herrschte ein glückliches Gleichgewicht zwischen der subjektiven inneren und der objektiven äußeren Welt. Erst die romantische Schule verschob den Akzent zu Gunsten des inneren Lebens, sowohl in der Philosophie wie in der Dichtung. Solange Thomas Mann fast völlig in der starken geistigen Strömung der Neuromantik stand, kreisten seine Gedanken hauptsächlich um den einen Brennpunkt der Humanität, die Persönlichkeit. Noch in der Essaysammlung *Adel des Geistes, sechzehn Versuche zum Problem der Humanität*, Stockholm 1945, beschäftigt er sich meist mit der Humanität hervorragender Künstler und Philosophen, also wirklich mit dem Adel des Geistes; die Probleme der menschlichen Gesellschaft berührt er nur im Vorübergehen z. B. die Pädagogik, aber nicht das soziale, wirtschaftliche und politische Leben. Er näherte sich überhaupt widerstrebend der Politik, nur weil er einsah, daß die Kultur verteidigt werden muß, wenn alle grundlegenden Menschenrechte bedroht sind (vgl. *Zwang zur Politik*, *Das neue Tagebuch*, Paris, den 22. Juli 1939, und *Kultur und Politik*, *Altes und Neues*, S. 647 ff.). Deshalb war der Weg lang von dem unpolitischen Buch 1918 bis zu den Rundfunkmahnungen an das deutsche Volk während des zweiten Weltkrieges. Es gibt Leute, die bedauern, daß Thomas Mann, der große Dichter, überhaupt in die politische Arena hinabgestiegen ist.

Ferdinand Lion z. B. betrachtet es als eine Erniedrigung in seinem Buch *Thomas Mann, Leben und Werk*, Zürich 1946. Lion publizierte auch ein Buch *Romantik als deutsches Schicksal*, Hamburg und Stuttgart 1947, in dem er zwar den Gegensatz zwischen dem romantischen Geist in Deutschland und der Politik, vor allem der preußischen Prägung, treffend charakterisiert, aber ihn als unveränderliches Schicksal hinnimmt und ihn bejaht. Ich meine dagegen, daß es zu Thomas Manns Größe beiträgt, daß er den tragischen romantischen Irrweg überwunden hat, der einen allzu großen Teil der deutschen Intelligenz unpolitisch machte, und daß er ein Kämpfer wurde für die Humanität im vollen, vielumfassenden Sinn der Goethezeit. Es wäre sehr wünschenswert, daß viele der deutschen Intellektuellen seinem Beispiel folgten; aber noch hat die Neuromantik nicht ihre Macht über sie verloren.

Man kann gegen meine Auffassung einwenden, daß Mann ja von Zeit zu Zeit durch Worte und Handlungen zeigt, daß er im Grunde ein unpolitisch denkender Mensch bleibt, ein Moralist, der sich in die

Politik verirrt hat, und daß es besser sei, sich diesem Felde fernzuhalten. Ein Beispiel: da die Demokratie in unserem Sinne in Deutschland zur Zeit Goethes nicht existierte, würde kein Politiker auf den Gedanken kommen, einen Vortrag über *Goethe und die Demokratie* zu halten, wie Thomas Mann es anlässlich des 200. Geburtstages 1949 in einer Anzahl Städte Europas tat. Er löste diese selbstgestellte Aufgabe, indem er selbst alle existierenden Einwände vorbrachte, und dann bekannte, daß er unter Demokratie etwas Moralisches verstehe, nämlich die Gesinnung und Ethik der Humanität. Aber es ist wahrhaftig in jedem Zeitalter von fundamentaler Bedeutung, daß es unabhängige intellektuelle Menschen gibt, die Überblick haben über die großen Probleme der Menschheit und furchtlos immer wieder die elementaren moralischen Forderungen aussprechen gegenüber dem politischen Kampf um Macht und alle Reichtumsquellen der Erde. Ich bewundere Thomas Mann gerade noch mehr, weil er so oft seine künstlerische Werkstatt verläßt, um seine Pflicht zu erfüllen als Mensch und Weltbürger.

Ausstrahlungen der Politik in die Dichtung

Die Grenzen zwischen seiner kulturpolitischen und seiner künstlerischen literarischen Wirksamkeit sind nicht abgesperrt: allmählich beeinflusst die Politik auch seine Dichtung. *Die Buddenbrooks* (1902) war noch ein Roman von dem deutschen Bürgertum im Lübeck des 19. Jahrhunderts, und die Politik berührte er nur ganz nebenbei und flüchtig. *Der Zauberberg* (1924) spielte schon im Ausland, in einem Sanatorium der Schweiz, wo ein internationales Publikum sich im Reiche der Krankheit und des Todes vereinigte und beitrug zur Erziehung eines jungen Mannes aus Hamburg zur Werktagwirklichkeit unten in der Ebene; die Gespräche zwischen Settembrini und Naphta spiegelten gewisse Strömungen in der europäischen Politik, wenn auch ein wenig schattenspielerartig. In dem großen biblischen Roman *Joseph und seine Brüder* (1933 bis 1943) wollte Thomas Mann sich zwar von vornherein durchaus nicht mit Politik beschäftigen. Aber in der Zeit des Dritten Reichs, als der Antisemitismus ein mächtiges politisches Kampfmittel wurde und zur Hetze anwuchs, bedeutete es doch viel, daß ein Dichter seines Ranges sich gerade in die religiöse Welt der Juden vertiefte, in der der Monotheismus entstand, eine der Grundlagen der gesamten europäischen Kultur. In den späteren Bänden braucht man nicht lange zu suchen, um Nachklänge der politischen Ereignisse aus der eigenen Zeit des Dichters zu finden. Die Priester des Totenkults in Ägypten mit ihrer Hetze gegen den Juden Joseph und sein Volk sind eine Parallele zu den Antisemiten im Dritten Reich. Der Romanzyklus erreicht seinen geistigen Höhepunkt in dem großen Gottesgespräch zwischen dem Pharao Echnaton (der den erhaltenen Hymnus an die Sonne gedichtet hat) und Joseph. Echnaton spricht von seinem Vater am Himmel, Joseph vom Vater im Himmel. Echnaton sagt: *Er ist das Licht und die süße Sonnenscheibe, deren Strahlen die Länder umarmen und die sie mit Liebe fesseln, — schwach läßt er die Hände werden vor Liebe, und nur die Bösen, deren Glaube nach unten geht, haben starke Hände.* Aber Joseph antwortet: *Was willst du machen mit Räuberkönigen, die brennen und brandschatzen? Den Frieden Gottes kannst du ihnen nicht beibringen, sie sind zu dumm und böse dazu. Du kannst ihnen nur beibringen, indem du sie schlägst, daß sie spüren: der Friede Gottes läßt starke Hände. Bist du doch auch Gott Verantwortung schuldig dafür, daß es auf Erden halbwegs nach seinem Willen geht und nicht ganz und gar nach den Köpfen der Mordbrenner.* Dies ist während des zweiten Weltkrieges niedergeschrieben.

1943 erschien in Amerika, als Einleitung zu einem Sammelwerk *Hitler and the Ten Commandments*, eine Einleitung von Thomas Mann, die in Stockholm im gleichen Jahre unter dem Titel *Das Gesetz* herauskam. Es ist eine Erzählung vom Auszug der Juden aus Ägypten unter der Leitung des Moses, die m. E. hauptsächlich um des Schlusses willen geschrieben ist, wo Moses den großen Fluch ausspricht gegen den Schänder des Gesetzes, um die Zehn Gebote zu schützen. Der Name Hitler kommt in der deutschen Ausgabe nicht vor, es ist auch nicht nötig, niemand zweifelt, auf wen der Fluch zielt!

1944 kehrte der Dichter zurück aus dem Morgenlande und der Zeit der Mythen und, ohne sein Heim am Stillen Ozean zu verlassen, auf Flügeln des Geistes zurück in die Heimat und nahm den Plan aus dem

Jahre 1901 wieder auf, einen neuen Faustroman zu schreiben mit dem Hauptmotiv: wenn Faust den deutschen Menschen verkörpern soll, so muß er ein Musiker sein. In den Vertrag mit dem Teufel geht die venerische Krankheit mit ein, die Adrian Leverkühn furchtbare Zeiten körperlichen Leidens und seelischer Lähmung bringt, aber auch Zeiten großer Inspiration zu neuer genialer Musik. Das ist ein dämonisches Motiv, das gedämpft werden muß, damit es aus der Tiefe des Werkes hervorleuchtet. Deshalb erzählt nicht Thomas Mann selbst das Schicksal des Musikers, sondern läßt dessen Schulkamerad den Bericht niederschreiben. Dieser Kunstgriff, der Abstand und ironische Beleuchtung bringt, gibt zugleich die Möglichkeit, vieles auszusprechen, was der Dichter selbst auf dem Herzen hat. Der Erzähler Zeitblom schreibt einen etwas verschrobenern, ängstlichen Philologenstil und bekennt, daß er sich 1914 von dem nationalen Rausch des deutschen Volkes mitreißen ließ, aber durchaus nicht 1933. Er schildert mit Verlegenheit und Bitterkeit die Diskussionen der Intellektuellen in München 1934 über die neue Gewaltlehre, welche die Herrschaft der Vernunft untergräbt, die Humanität. Dann und wann geht er über von der Zeit, über die er schreibt, zu der Zeit in der er schreibt, Frühling 1943 bis 1945. Er wünscht, wenn auch unter Gewissensbissen, die Niederlage des Dritten Reichs, nennt das Deutschland der Nationalsozialisten ein Gefängnis, ja, ein Irrenhaus, beklagt zwar die Wirkungen der Luftangriffe, aber gibt zu, daß sie ein schuldbeladenes Volk treffen, und betrachtet die sich nähernde Katastrophe als Strafe für die verbrecherische Herrschaft des Gesindels. Er hat tiefes Mitleid mit der irreführten Masse; ohne die Mitverantwortung der Intellektuellen zu verschweigen, verflucht er zuletzt leidenschaftlich die Verderber. Man muß alle diese Bekenntnisse selbst lesen, um zu verstehen, wie ernst sie gemeint sind.

Thomas Mann betrachtet den Pakt des Musikers mit dem Teufel als eine Parallele zur Verbindung des deutschen Volkes mit Hitler und dem Nationalsozialismus und vergleicht seine Geisteszerrüttung mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Es ist auch die Meinung des Dichters, daß die rückhaltlose Hingabe an die Musik, die zur Romantik gehört, die notwendige Herrschaft der Vernunft über das menschliche Leben erschüttern kann und deshalb eine Gefahr für die Humanität bedeutet. Vielleicht ist dieser symbolische Vergleich zwischen einem tragischen Menschenschicksal mit dem politischen Irrweg eines Volkes allzu vereinfacht und darum ungerecht. Die ganze Widerstandsbewegung, die Konzentrationslager zwischen 1933 und 1939, angefüllt mit deutschen Gegnern Hitlers aus allen sozialen Schichten, das Andere Deutschland und seine Leiden, sie fehlen in dieser Symbolik des Dichters. Aber dieser Vergleich ist ja durchaus nicht der Kern der Dichtung, sondern in ihm birgt sich das Problem Thomas Manns aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, das Verhältnis zwischen Kunst und Leben, Geist und Leben, Kunst und Krankheit, das nun wieder aufgenommen und gestaltet ist in einem großangelegten tragischen Werke, der einzigen Faustdichtung, die ebenbürtig neben Goethes Faust steht.

In einem Aufsatz über Thomas Mann und das Dritte Reich darf zum Abschluß nicht ein Hinweis fehlen auf seine gewissenhaften Bekenntnisse in diesem Roman.

HELMUT THIELICKE

Was sagen wir den jungen Kommunisten am Tage X?

Der nachstehende Beitrag wurde als Vortrag anlässlich der Feier des zehnjährigen Bestehens der Evangelischen Akademie am 1. Oktober 1955 in Bad Boll gehalten.

Ich bin nicht der Meinung, daß der Tag X wirklich ein bestimmtes Datum in unserem Kalender wäre. Vielmehr hege ich die Überzeugung, daß es hier um langfristige Prozesse und gleitende, fast unmerkliche Übergänge gehen wird. Wenn ich trotzdem das Wort vom Tage X gelten lassen möchte, dann deshalb, weil dieses Wort imstande ist, an unserer Phantasie so etwas wie die Funktion eines Zeitraffers auszuüben. Es verdichtet sozusagen jene gleitenden und unübersichtlichen Prozesse zu einem harten Faktum und zu einem plötzlichen Übergang. Dadurch stellt es uns, wie auf einen Schlag sozusagen, vor die ganze Fülle der Probleme, die die Frage der Wiedervereinigung in sich enthält. Dadurch aber wird der Tag X zugleich auch ein sehr gefährliches Thema, das uns in unserer ganzen Hilflosigkeit enthüllt. Ich spreche hier darüber als jemand, der nicht sicher ist, was er am Tage X zu sagen hat, und der von Herzen wünscht, daß es andere besser wissen möchten. Trotz dieser Hilflosigkeit müssen wir aber, und nun wirklich in Gottes Namen, an dieses Problem heran.

Lassen Sie mich bitte in einigen Strichen die Fruchtbarkeit dieses Problems und der mit ihm zusammenhängenden Erwägungen zeichnen. Einmal, die Frage „Was sagen wir den jungen Kommunisten am Tage X?“ Laßt uns darüber nachdenken und vielleicht auch durch Briefe, Gespräche und Literatur, Nachforschungen darüber anstellen, was in unsern Brüdern drüben vorgeht, und zwar nicht nur an unseren Gesinnungsgenossen, an unseren Freunden, mit denen wir Verbindung haben, etwa mit treuen Kirchengliedern oder mit der jungen Gemeinde, sondern was auch in den jungen Kommunisten vorgeht. Wer etwa die Pfingsttreffen der kommunistischen Jugend erlebt hat, wer sich von ihnen erzählen ließ, wer die Kampflieder der jungen Pioniere hört, der weiß, welches Potential an politischer Leidenschaft, welche Dynamik und welchen Fanatismus die Machthaber immerhin entbunden haben. Sie predigen ja eine Weltanschauung, deren sehr einfache Ausgangsthesen — daß nämlich der Mensch samt seinen geistlichen Werten ausschließlich von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft abhängt — auch dem schlichtesten und unterbelichtesten Gemüte erlaubt, sie als sehr handfesten Kompaß in nahezu allen Lebensfragen zu benutzen. Alle religiösen, kulturellen und historischen Fragen lassen sich mit Hilfe einer unerhörten Vereinfachung der Linien auf diese Ausgangsthesen hin zuspitzen. Die Reformation als eine solche historische Erscheinung wird sofort aller theologischen Probleme entblößt und wird zu einem einfachen soziologischen Vorgang, der etwa mit der Umschichtung der Gesellschaft, mit den Bauernrevolutionen, zusammenhängt.

Das Geheimnis der Kriege bedarf zu seiner Klärung nicht mehr des Rekurses auf den Sündenfall oder auf sehr komplizierte Zusammenhänge zwischen politischen und sonstigen Machtinteressen, sondern es geht hier um wirtschaftliche Kämpfe, um Ölquellen, um Selbstbehauptung wirtschaftlich stärkerer Gesellschaftskreise und ähnliches. Aber nicht nur solchen einfachen Gemütern geben jene Formeln von äußerster Schlichtheit die Möglichkeit einer Orientierung, sondern auch einem hochgezüchteten Intellekt geben diese Formeln Gelegenheit zu einer wahrhaft artistischen Gedankenakrobatik. Wenn man ein bißchen die Dialektik des Materialismus kennt, weiß man, was ich damit meine.

Und diese Weltanschauung ist ja nicht nur Unsinn. Vielmehr hat sie wie jede, selbst die abstruseste Ideologie, auch Wahrheitsmomente. Wir im Westen haben über allen möglichen idealistischen Wahnvorstellungen, vor allem während der ersten Jahrzehnte der Industrialisierung, eben vergessen, daß der Mensch nicht nur Geist, Seele und Innerlichkeit ist, sondern daß seine gesellschaftlichen Verhältnisse und seine materiellen Lebensbedingungen sowohl die Kultur wie auch das Individuum entscheidend mitprägen. Und was wir im Westen verhängnisvoll übersehen haben, eben diese gesellschaftliche Bedingtheit des Menschen, das hat der Marxismus und haben seine bolschewistischen Scholastiker nach der Art von Sektierern verabsolutiert und zum Range einer Weltformel erhoben. Sekten pflegen immer, wo sie auftauchen, auf

gewisse Mangelerscheinungen, auf einen gewissen Vitaminmangel eben jener Kirche zu deuten, von der sie abgefallen sind. Die Sekten sind sozusagen immer eine Art Skorbut am Leibe der Kirche. Und genau so deutet auch die ideologische Sekte des Marxismus-Leninismus auf solche Ausfallsymptome der westlichen Welt, daß sie nämlich den Menschen einseitig als Geisteswesen verstand und daß leider auch das westliche Christentum Vorbild und Mahnung seines Herrn vergessen hatte, der die kranken und hungrigen Leiber heilte und stillte, ehe er die Sünden vergab. Denken Sie bitte nicht, ich würde nun mit diesen Sätzen zum soundsovielten Male in unserer Vergangenheit herumwühlen, und schon fast kalt gewordene Vorwürfe noch einmal aufwärmen. Ich meine mehr, daß gerade dieser Rückblick in unsere jüngste Geschichte einen Hinweis auf zukünftige Fragen enthielte, auf Fragen, die nun angesichts des Tages X mit Macht auf uns zukommen. Wenn es nämlich so ist, daß die bolschewistische Doktrin trotz ihrer sektiererischen Entstellungen auch jene Wahrheitsmomente enthält, darf es dann wirklich der Weisheit letzter Schluß sein, daß wir am Tage X die von ihm durchdrungenen Gebiete und Menschen uns einfach anschließen, daß wir sie sozusagen zu einer bedingungslosen Kapitulation nötigen und sie ohne jede Selbstkritik an den Segnungen des Westens teilhaftig werden lassen. Jede Kirche, die um eine Sekte wirbt, hat vorher Buße zu tun, d. h. sie hat jene Ausfallserscheinungen, die zur Gründung der Sekte führten, zunächst einmal bei sich selber zu bereinigen.

Der eigene Standort

Das ist eine Feststellung von atemberaubender Schlichtheit und Einfalt. Aber diese Fragestellung drängt nun, auf den Westen angewandt, zu einer Frage, die einem allerdings an die Nieren gehen kann. Nämlich, sollte der Westen ohne Buße und ohne tiefgreifende Operationen am eigenen Fleisch bevollmächtigt sein, sich die Menschen der östlichen Sekte einfach wieder einzugliedern? Worin bestehen denn die vielgerühmten Segnungen des Westens? Nun, ich weiß natürlich wie wir alle, welcher Segen es ist, daß wir ohne Angst abgeholt zu werden, uns am Abend niederlegen können. Aber es wäre Schönfärberei, wenn ich verschweigen wollte, daß die Segnungen des Westens im allgemeinen Bewußtsein als etwas ganz anderes leben, nämlich als Autos und Motorroller, als Eischränke und — verzeihen Sie, aber ich sage es doch — als Freiheit. So hart es mich natürlich selbst ankommt, so mußte ich Freiheit und Eischränk in einem Atem nennen, einfach deshalb, weil von unzähligen Menschen die Freiheit nur als eine Freiheit

mit einem bestimmten Lebensstandard verstanden wird. Und weil darüber ihr Verständnis von Freiheit jedes metaphysische Gewicht und jede personale Würde im Sinne einer ursprünglichen Tradition des christlichen Abendlandes radikal verloren hat. Wenn auf studentischen und Altherren-Kommersens mit bierseliger Vitalität und verlogendem Pathos die Freiheit angesungen wird, als ob wir noch 1848 schrieben, möchte ich mir die Ohren zuhalten, da ich mir unwillkürlich das verdatterte Gesicht der jungen Leute vorstellen muß, wenn sie etwa gefragt werden, wozu und auf was hin sie denn eigentlich frei zu sein wünschen. Da ist mir Sartre lieber, wenn er von der Angst vor der Freiheit spricht und wenn er andeutet, daß wir heutzutage ja viel lieber Funktionäre sein möchten. Funktionäre, die in eine Rolle entlassen sind, die sie zu spielen haben, und die so keine Verantwortung tragen, sondern sie dem Dichter oder Intendanten überlassen. Sartre ist ja vielleicht ein giftiges Insekt, aber sein Stachel sondert immerhin eine Säure ab, die

zwar den alten Mann des Westens nicht heilt, die ihm aber gewisse Schlagworte und ein gewisses Pathos ungenießbar macht. Sartre verfügt, ähnlich wie Nietzsche es auf seine Weise tat, über therapeutische Gifte.

Ist also das, was als Segnungen des Westens in unzähligen Köpfen lebt, nicht eine Art von banalem Materialismus? Wenn das so wäre, dann hätte das zur Folge, daß die jungen Kommunisten am Tage X zu wählen hätten zwischen zwei verschiedenen Materialismen, nämlich dem dialektischen und dem westlichen. Soll ich etwa, um diese Frage zu bekräftigen, noch weitere Züge am Antlitz des Westens nachzeichnen? Etwa die Biologisierung des Menschen, wie sie aus den verschiedenen Kinsey-Reports und aus vielen anderen modisch gewordenen Testverfahren spricht, oder die Technisierung des Menschen, wie sie Robert Jungk mit dem von ihm zitierten amerikanischen Wort andeutet, daß der Mensch eine Fehlkonstruktion sei, weil er gewissen technischen Möglichkeiten, etwa dem der Weltraumfahrt, biologisch nicht mehr gewachsen sei? Wenn aber ein junger Kommunist möglicherweise nun zwischen diesen beiden Materialismen zu wählen hätte, glaubt man dann im Ernste, daß diese Fragen nun absolut sicher zugunsten des westlichen ausgehen würde? Ich fürchte, wir könnten in die Lage kommen, uns sagen lassen zu müssen, daß der östliche Materialismus ganz andere ethische Potenzen zu entbinden vermag und zu einem ganz anderen ideellen Enthusiasmus vordringen kann — nun nicht als das westliche Menschentum, soweit möchte ich wahrhaftig nicht gehen — aber als diese Form des unter

uns grassierenden Eisschrank- und Fernsehmaterialismus.

Wieso? Ich muß das kurz begründen. Im Osten haben wir zwar auch ein materialistisches Traumbild, nämlich das des klassenlosen Wohlfahrtsstaates und seiner entpersönlichten Bewohner. Aber — und darauf scheint man wenig zu achten im Westen — da dieses Traumbild in eine sehr ferne Zukunft hineinprojiziert wird, entstehen sozusagen langfristige Zwischenstadien, in denen um dieses Idealbild gekämpft und in denen darum an Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit appelliert wird. Da der Materialismus so gleichsam an einer sehr fernen Zukunftsvision aufgehängt ist, kann man ihn jetzt nur mit moralischen Teleobjektiven sehen. Darum wirkt dieses tausendjährige Reich der idealen Gesellschaft nicht unmittelbar auf die materiellen Instinkte; denn die jetzige Generation wird jener Fleischtopfe der Zukunft noch gar nicht teilhaftig, sondern es wirkt dieses Zukunftsbild als altruistischer Appell, als Aufforderung zu einer Selbstlosigkeit, die den späteren Geschlechtern einmal zugute kommen soll. Darum gibt es hier die höchst merkwürdige, ja geradezu paradoxe Synthese zwischen Materialismus und ethischem Enthusiasmus, zwischen dem Traum vom Wohlfahrtsstaat und der asketischen Bereitschaft, selbst keine Wohlfahrt in Anspruch zu nehmen. Dort, wo die Wohlfahrt Gegenwart geworden ist, so wie aus dem Eschaton schon eine gewisse Realität geworden ist, wie bei den unmittelbaren Nutznießern des deutschen Bundes, da hört jene enthusiastische Entsagung zugunsten der inneren oder äußeren Völlerei des Augenblicks abrupt auf.

Kapitulation - oder Begegnung und Beteiligung?

Es gibt also hier eine Fülle von Fragen zu bedenken, die teils politischer und wirtschaftlicher, teils aber auch innerer Art sind, und die sich auf die Auseinandersetzung einer westlichen, christlich geprägten Kultur mit einer achristlich-pragmatischen Zivilisation des Ostens beziehen. Auch wenn es nicht meine Aufgabe ist, die in diesem Bereich auftauchenden Probleme hier anzusprechen und zu behandeln, so ist doch der kurze Hinweis gestattet, daß es sich hier um eine formal jedenfalls ähnliche Fragestellung handelt, um das Problem nämlich, ob es auch in den Bereichen des Politischen, Wirtschaftlichen und Sozialen eine bloße Kapitulation des östlichen Systems und also einen bloß einfachen Anschluß an den Westen geben soll, oder ob es durch die Begegnung beider und unter Beteiligung beider um die Schaffung eines dritten in der Synthese gewonnenen Kraftfeldes geht, das ist die Frage. Um nicht zu abstrakt zu sein, nenne ich zwei Beispiele, von denen ich das erste nur zitiere und als ein für mich jedenfalls noch offenes Problem stehen lasse. Ich meine die Frage, was wirklich zum Beispiel mit den sogenannten volkseigenen Betrieben zu geschehen habe. Daß im Sinne des abendländisch-westlichen Person- und Eigentumsverständnisses dabei an eine Reprivatisierung der enteigneten Kleinbetriebe gedacht werden muß, ist nun ebenso klar, wie es andererseits nicht so klar und vielleicht sogar problematisch ist, was mit den Betrieben höherer Größenordnungen, etwa mit den inzwischen aufgeteilten Großgütern, zu geschehen habe. Wenn

man hier gegenüber der Forderung einer Reprivatisierung gewisse Hemmungen hat und in manchen Formen des Volkseigentums, in manchen Formen, eine gerechtere Sozialordnung sieht, auch wenn sie durch das bolschewistische Vorzeichen ethisch aufs schwerste diskreditiert ist, bedeutet dann diese Hemmung unbedingt, daß sie einer parteipolitischen Bindung des Westens, etwa einer sozialistisch bestimmten, entstammen müsse? Könnte es nicht vielmehr sein, daß auch Menschen ganz anderer parteipolitischen Provenienz von der Sorge bewegt sein könnten, wie man es anstelle, um den jungen Kommunisten des Ostens gegenüber die Glaubwürdigkeit unserer sozialpolitischen Thesen klar zu machen und sie zu überzeugen, daß das westliche Programmwort von der Würde der Person jedenfalls nicht unbedingt bedeuten müsse, daß daraus Feudalrechte einzelner Personen folgen müßten, oder daß der Privatbesitz in allen Größenordnungen unbedingt garantiert werden müsse.

Ich spreche hier als jemand, der parteipolitisch in gar keiner Weise festgelegt ist, was übrigens gar keine Tugend bedeutet. Darum kann ich es mir leisten, folgende Frage zu stellen: Müßten wir nicht selbst für den Fall, daß wir für unsere Person oder für unsere Partei die konsequente und uneingeschränkte Wahrung des Privateigentums vertreten sollten, hier in dem Falle zu gewissen Abstrichen bereit sein, wo wir mit Menschen einer Welt zusammengeschlossen werden, deren sozialer Wille sich in einer anderen Gesellschaftsordnung ausgeformt hat, und zwar in

einer Ordnung, die auch ihre positiven Elemente hat und die jedenfalls nicht wegen ihres zweifellos vorhandenen ideologischen Mißbrauchs a limine zu verwerfen wäre. Ich frage nur, aber ich stelle immerhin diese Frage, weil ich selbst einfach nicht mit ihr fertig bin und weil es mich bedrängt, wie wenig dies alles uns im allgemeinen belastet und wie sehr wir dem Tage X mit einem etwas allzu pausbäckigen Westpathos und mit einer pharisäischen Sicherheit, die nur vom Anschluß zu reden pflegt, entgegensehen. Wir können in den Augen der jungen Kommunisten durch dieses zu keiner Selbstkritik bereite Sicherheitsgefühl gefährlich leicht unsere Glaubwürdigkeit verlieren. Es könnte uns allzu leicht widerfahren, daß wir als die reich gewordenen, motorisierten, Eisschrank-bestückten, aber zugleich als die banalen und seicht gewordenen Verwandten erscheinen, deren nichtig gewordener Komfort unsere östlichen Brüder geradezu dazu verhärtet, sich in ihrem ideologischen Boot nur noch fester zu verkralen. Ein weiteres Beispiel für die sozialpolitischen Fragen am Tage X, ist die Förderung des akademischen Nachwuchses. Ich möchte auch das nur als ein Modell, als einen repräsentanten Fall, erwähnt haben, und zwar deshalb, weil ich hier durch mein Amt und durch die früheren akademischen Manager-Ämter, die ich zu versehen hatte, ein bißchen Fachmann bin. Der Staat sorgt bei uns im Westen über die Studienstiftung des deutschen Volkes für 1 % hochbegabter Studenten, in Oxford, sind es 85 %. Dabei ist Oxford eine der Universitäten, die sicher in ihrem sozialen Niveau besonders gehoben ist. Bei den andern Universitäten wird man die Zahl noch höher greifen müssen, also 1 : 85. Bei uns im Westen ist es so, daß die Studenten weithin Ferienarbeit leisten müssen, daß sie in der kurzen Zwischenzeit der Semester mit Gewalt auf der Linie, auf der Geraden als der kürzesten Verbindung zwischen dem Beginn des Studiums und dem Endspurt des Examens voranzurufen müssen, daß sie keine innere Distanz gewinnen, daß sie ungebildet bleiben und daß sie jedenfalls auf diese Weise zu einem Material gemacht werden, aus dem man Funktionäre macht; denn Funktionäre sind ja distanzlose Wesen, sind ja bloße Arbeitstiere. Und auch hier stellt sich wieder die Frage, ob wir den jungen Kommunisten gegenüber in unserer Kulturpolitik glaubwürdig sein können, wenn wir nach dem Tage X die Großzügigkeit der kommunistischen Nachwuchsförderung, an die sie gewohnt sind, im scheinbaren Namen eines individualistischen Selbsthilfeprinzips abbauen. Ebenso freilich ist auch hier wieder das andere zu sagen, die immense Kulturleistung wie sie in einer großzügigen Fürsorge für den geistigen Nachwuchs steckt, ist im Osten sittlich verdorben dadurch, daß zugleich diese Nachwuchsförderung ein terroristisches Mittel für die politisch-ideologische Auslese ist, daß man sie nämlich weithin zu weltanschaulichen Dressurakten benutzt, oder zur Abwürgung jeder kulturellen Tradition und der sie tragenden Geschichte, kurz zur Verplanung der Unfreiheit mißbraucht. Wehe aber, meine ich, wenn uns nun die Selbstgerechtigkeit des Westens dazu verführen würde, das Kind mit dem Bade auszuschütten, d. h. die kultursoziale Grammatik des Ostens, nur weil sie von den

Nebengeräuschen des Unmenschlichen überlagert ist, ganz einfach mit unserem System zu vertauschen. Diese westliche Gesellschaftsordnung mag zwar dem Menschen des Ostens sauber und einigermaßen vorurteilslos, sie mag ihm jedenfalls ohne die hinterhältigen Gedanken weltanschaulicher Taktiken erscheinen, vielleicht aber erscheint sie ihm deshalb noch längst nicht begreifenswert, weil die Korrektheit unserer westlichen Gesellschaftsordnung zugleich den Zug zu

einer gewissen ideenlosen Kleinkariertheit verleiht und weil sie ohne den langen Atem einer vorausschauenden Konzeption ist. Ob der junge Kommunist, wenn ich mich in seine Optik versetze, sich also nicht vor die Alternative: dämonischer Schwung und sterile Bravheit gestellt sähe und ob sein Herz unter diesen Zeichen wirklich vom Westen überwunden würde? Ich frage nur. Aber ich stelle diese Frage immerhin. Ein bedrängtes Gewissen nötigt dazu.

Was wir uns selber zuvor noch sagen müßten

Statt zu fragen, was wir den jungen Kommunisten am Tage X zu sagen hätten, sollten wir darum erst die Vorfrage lösen, was wir uns selber zuvor noch sagen müßten, eingedenk jener Kirche, der es um die Wiedergewinnung einer Sekte geht. Der Gedanke an die Stunde, da wir den jungen Kommunisten Rede und Antwort stehen müssen, mag dabei eine starke entbindende und zur schöpferischen Selbstkritik aufzuführende Kraft haben. Erst nachdem wir so ein Exerzitium der Ernüchterung, wenn man so will, der Entpathetisierung, durchlaufen haben, und wenn wir von dieser Selbstbesinnung her einige blaue Flecke davontragen, sind wir redlich genug vor uns selbst, um zu der Frage berechtigt zu sein, was im Bezirk des Innersten die westliche Welt an echten und befreienden Botschaften den jungen Kommunisten zu verkündigen habe. Ich möchte ganz ausdrücklich zu Beginn dieses Abschnittes sagen, und zwar deutlich sagen, daß ich diese Erwägungen selbstverständlich als Christ anstelle. Ich gehe also nicht einfach von dem sogenannten freien oder demokratischen Westen aus. Es will mir nämlich so scheinen, als sei bei diesen Begriffen die Grenze zum Schlagwort nicht unbedingt durch einen eisernen Vorhang gesichert. Sondern ich gehe von der Tatsache aus, daß der sogenannte Westen, und in ihm speziell das Abendland, in der Begegnung mit der Gestalt Jesu Christi eine geistige und moralische Substanz empfangen haben, und daß darum das säkularisierte Abendland einer Maschinerie gleicht, deren Motor abgestellt ist, und die noch im Leerlauf eine Zeitlang weiterschwingt. Es mag sein, daß das entchristlichte Abendland nach anderen motorischen Kräften Ausschau hält, um in das Kraftfeld neuer Impulse zu kommen. Wie weit es dabei mit den Ersatzreligionen des Existenzialismus oder der social-gospel-Idee des Wohlfahrtsstaates kommen wird, glaube ich zu wissen, aber es gehört nicht hierher. Gegenwärtig jedenfalls leben wir, wenn nicht alles trügt, in einem sehr merkwürdigen Interim. Das, was wir für Bewegung oder gar Schwung halten,

scheint nur jene nachrollende Bewegung zu sein, während der Osten sich nach neuen Antriebskräften ideologischer Art umgesehen hat. Was diese angedeutete metaphysische Aushöhlung des Abendlandes anbelangt, so haben wir zu dem, was ich vorhin schon andeutete, noch einiges zur Kenntnis zu nehmen, was Sartre an Richtigem gesehen hat und was uns hier unmittelbar weiterführt. Sartre empört sich nämlich gegen den Trug der säkularisierten Welt, die, nachdem sie Gott verneint hat, dennoch — in einer gewissen naiven Schläue könnte man sagen — die ewigen Werte beibehalten möchte, deren Schöpfer oder doch Bürge Gott gewesen war. Der Existenzialismus will mutiger sein als dieses säkularisierte Abendland. Er denkt, ich zitiere Sartre wörtlich, „es ist sehr bedrängend, daß Gott nicht existiert, denn mit ihm entschwindet jede Möglichkeit, Werte in einem intelligiblen Himmel zu finden. Es kann kein gutes a priori mehr geben, da es nämlich kein unendliches und kein vollkommenes Gewissen gibt, es zu denken“. Es steht nirgends geschrieben, sagt Sartre, daß es das Gute gibt, daß man ehrlich sein muß und nicht lügen soll. Denn wir stehen auf einer Ebene, wo es nur Menschen gibt, wo die Menschen, um eine andere Formulierung von Sartre zu nehmen, unter sich sind. Und darum zitiert Sartre gerne das Wort Dostojewskis, „wenn es Gott nicht gäbe, wäre alles erlaubt“. Das heißt, dann gibt es eben nicht mehr jene Hierarchie der Werte, durch die wir in bestimmte Bahnen gelenkt sind, und durch die wir dann füreinander berechenbar sind, indem wir nämlich das Koordinatensystem kennen, in das wir eingefügt wären. „Wenn es Gott nicht gäbe, wäre alles erlaubt“, und weil alles erlaubt ist, muß man alles fürchten. Hier ist im Grunde ein sehr diskreter Hinweis auf das, was man heute gerne als Lebensangst bezeichnet. Auf dieser Ebene, die im übrigen als ehrliches Resümee des Säkularismus respektiert werden soll, auf dieser Ebene meine ich, würde die westliche Welt jenen Menschen, die unter der Angst einer ideologischen Tyrannei gelebt haben, kaum ein befreiendes Wort sagen können.

werden selber zu Übermensch. Nun haben sie aber gerade deshalb Angst voreinander, denn da Gott weg ist, passiert das, was Sartre im Anschluß an Dostojewski als Befürchtung aussprach, daß alles erlaubt ist. Jeder muß es dem andern gegenüber für möglich halten, daß er nicht mehr unter der Autorität göttlicher Gebote steht. Und wenn er nicht unter dieser Autorität steht, steht er eben unter andern Impulsen, etwa unter der Diktatur seines Blutes oder der Diktatur des Willens zur Macht. Jeder muß vom andern annehmen, daß er ihn beiseite räumen wird, daß er über seine Leiche gehen wird, wenn es seiner Karriere entspricht.

Wilhelm Herrmann, der große theologische Ethiker, hat einmal darauf aufmerksam gemacht, daß Vertrauen unter Menschen nur dann möglich sei, wenn ich die Marschroute des andern kenne, wenn ich mit ihm zusammen unter letzter Autorität stehe, dann weiß ich, wie er zu handeln hat. Dann wird er für mich berechenbar, sonst wird er unberechenbar. Das wird sehr deutlich an der Josephs-Geschichte, in der Joseph zuerst von seinen Brüdern verkauft, später zum Chef des Siebenjahresplanes in Ägypten wurde und seine Brüder dann empfing, unerkannt empfing, weil sie bei ihm Einkäufe tätigen mußten, die ihrer eigenen Hungersnot abhelfen sollte. Joseph war sicher ein Mensch wie alle andern auch, d. h. es war sicher nicht ohne einen gewissen fatalen Reiz für ihn, sich einer Situation gegenüber zu sehen, in der er kalt Rache nehmen konnte. Und die Brüder, die die Situation sofort durchschauten, nachdem sie Klarheit über den anonymus ihnen gegenüber bekamen, diese Brüder kriegten auch das große Schlottern in die Knochen, und Joseph hat sie dann beruhigt mit folgendem charakteristischem Hinweis: Fürchtet euch nicht, man könnte auch sagen, habt Vertrauen, denn ich bin unter Gott. Damit will er sagen, ich bin nicht unter der Diktatur meines Blutes, das vielleicht auch jetzt einmal gejackt wird, nach so vielen Jahren es euch heimzuzahlen, was ihr mir angeht. Nein, ich bin nicht unter der Diktatur meiner Racheinstinkte, sondern ich bin unter Gott. Und da ihr unter dem gleichen Gott seid, wißt ihr, wie ich jetzt zu handeln habe, daß ich euch nämlich zu vergeben habe. Das heißt, es ergibt sich in dem Augenblick Vertrauen, wo die beiden Kontrahenten miteinander unter der letzten Autorität stehen und diese Autorität dann die Funktion gewinnt, eine Art Fahrplan zu sein. Ich weiß, nach welchem Fahrplan der andere fährt, infolgedessen kann ich Vertrauen zu ihm haben. Und da Vertrauen die Grundlage jeder echten Gesellschaftsordnung ist, können wir hieran ermaßen, was es bedeutet, wenn über einem Lande so etwas da ist, wie das Wissen um eine letzte Autorität. Wenn sie nicht mehr da ist, ist alles erlaubt und, wie gesagt, es muß dann alles gefürchtet werden. In dem Sinne hat Jakob Burkhardt einmal von Napoleon gesagt, er sei die Garantielosigkeit in Person gewesen. Und wenn es hierher gehören würde, ließe es sich historisch, glaube ich, exakt zeigen, daß der letzte Ursprung des letzten Krieges und damit unserer Katastrophe, nicht irgend ein Einzelfaktum, die Tschechen- oder die Polenkrise oder so etwas gewesen ist, sondern jene Vertrauenskrise, die Tatsache nämlich, daß die Alliierten feststell-

Die Botschaft vom Vertrauen

Das führt mich nun zu einigen Gesichtspunkten, unter denen der seines christlichen Ursprungs bewußte, oder besser, der sich auf diesen Ursprung besinnende Westen den jungen Kommunisten am Tage X eine weiterführende Botschaft zu vermitteln hätte. Den ersten dieser Gesichtspunkte würde ich nennen: Die Botschaft vom Vertrauen. Es erscheint mir nämlich entscheidend wichtig zu sein, Klarheit darüber zu gewinnen, warum die Menschen einer ideologischen Diktatur in Furcht, Vertrauenslosigkeit

und Angst leben, und woher es andererseits kommt, daß wir im Westen nicht die Nacht zu fürchten brauchen, in der es an die Haustüre klopft. Die damit angerührte Frage können wir uns in aller Kürze an der Geschichte vom babylonischen Turm klarmachen. Ich erinnere an die entscheidenden Züge: Die Menschen haben Gott abgesetzt, sie haben ein atheistisches Regime gebildet. Und da ihnen nun die obere Grenze genommen wurde, schnell ihr Haupt titanenhaft in die Räume empor, die Gott zugehörten. Sie

ten, Hitler ist keine seriöse Firma. Er ist nicht möglicher Kontrahent von Verhandlungen und selbst wenn wir mit ihm Abreden treffen, wird er sie nach kurzer Zeit wieder torpedieren. Infolgedessen ist wirklich der letzte Ursprung unserer nationalen Katastrophe diese Vertrauenskrise gewesen. Nur ein theologisches Faktum läßt uns diese Hintergründe dieser unserer neuesten Geschichte interpretieren.

Wenn das Vertrauen weg ist, d. h. wenn der babylonische Turm steht und wenn ein atheisches Regime errichtet ist — regiert muß ja werden, die Menschen müssen ja weiterleben. Aber wie denn, wenn jenes Band des Vertrauens fehlt, wie denn? Nun, dann gibt es verschiedene Ersatzbänder. Eines davon ist die Propaganda. Und nun, wenn ich diese Ersatzbänder nenne, komme ich unwillkürlich dazu, eine Art Biographie des totalen Staates zu beschreiben. Es ist ja sehr merkwürdig: alle totalen Staaten haben es mit der Propaganda, Sie wissen von den Spruchbändern. Warum? Propaganda appelliert nicht an Vertrauen, nicht an Herz, nicht an Überzeugung, nicht an Gewissen, appelliert nicht an Personen, sondern an die Nerven. Die Propaganda operiert mit Blickfang, also mit optischen Reizmitteln, und operiert mit akustischen Reizmitteln, nämlich durch ein Schlagwort. Das Schlagwort hat als Wort seine Qualität verloren, denn das Wort überzeugt von Haus aus und schlägt nicht. Aber das Schlagwort ist ein Zeichen, daß nur die Nervenenden angetippt werden sollen, etwa durch monotone Wiederholung. Die Propaganda ist eines der Surrogatmittel, das notwendig werden muß, um eine Welt, die ihr Vertrauen und ihr autoritatives Zentrum verloren hat, regieren zu können. Ein weiteres Ersatzmit-

tel ist der Terror, der wiederum die Menschen nicht aus Überzeugung zusammenbringt, sondern mit Gewalt von außen her. Und eine dritte Möglichkeit ist die Ideologie. Die Ideologie ist wiederum keine gemeinsam alle tragende Überzeugung, sondern ist ja ein geistiger Zwecknieder-schlag. Rosenberg hat selbst an seinen Mythos natürlich nicht geglaubt, sondern er hat ihn erfunden, weil er eine geistige Bindungsmacht bauen wollte, nachdem ihm das Christentum dafür nicht mehr in der Lage zu sein schien.

Ich meine, daß man den jungen Kommunisten von diesem Bilde aus ihre Situation deuten könnte. Allerdings wird es dann kaum genügen, vor ihnen und ihrer bange vertrauenslosen Welt nun das westliche Ideal der Humanität zu beschwören. Es wird kaum anzunehmen sein, daß dieses durch lange Traditionen gefilterte, auf dem Herd vieler Philosophien immer neu aufgekochte, etwas vitaminlos gewordene Ideal imstande sein sollte, die robusten Grundsätze und Praktiken des Kommunismus abzulösen. Wir sollten vielmehr eines unheimlich warnenden Wortes gedenken, das Grillparzer einmal aussprach, wenn er von jenem geschichtlichen Gefälle redete, das von der Divinität über die Humanität zu Bestialität führt. Damit wollte er nichts anderes sagen, als daß man auch das Ideal der Humanität nicht festhalten könne, wenn ihr die letzten Fundamente genommen werden. Hatte Sartre nicht etwas ganz ähnliches gemeint? Es ist sehr merkwürdig, wie jedes Wort, das wir an die jungen Kommunisten richten möchten, zuerst ein Bußruf an uns selber werden muß, ja wir können geradezu sagen, jedes unserer Worte ist nur dann legitim, wenn es vorher an unsere eigene Adresse gerichtet wurde.

Die Botschaft von der Freiheit

Den zweiten Gesichtspunkt, der unsere Begegnung mit den jungen Kommunisten am Tage X bestimmen müßte, möchte ich nennen: Die Botschaft von der Freiheit. Der sogenannte freie Westen erkennt seine demokratischen Ideale immer noch am besten wieder in der klassischen Formulierung, die ihm die französische Revolution durch das Dreigestirn der Worte „Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit“ gab. Der Respekt vor dem geschichtlichen Rang dieser Ideen darf uns aber nicht daran hindern, festzustellen, daß sie nicht mehr auf jener Fahne als Parolen bestehen können, die am Tage X über der Begegnung von Ost und West zu entrollen wären. Ist der Leitbegriff der Freiheit, der jene ideale Dreifaltigkeit regiert, wirklich imstande, die Rolle des obersten Wertes zu spielen, als welcher er ja immer in unserer Phantasie oder in den Zeitungen und im Radio betont wird? Der amerikanische Soziologe, Eduard Heimann, sagt in einer kürzlich erschienenen, sehr tiefdringenden Analyse der neueren Geistesgeschichte einmal folgendes: Ein System, in dem die Freiheit als oberster Wert erscheint, wird leicht in eine Herrschaft der Freiheit für die starken Individuen, Klassen und Rassen, und zwar auf Kosten der schwachen Individuen, Klassen und Rassen ausarten. Mit anderen Worten: Führt Freiheit, die nicht im Namen und im Rahmen letzter Bindungen, sondern die als Selbstzweck ausgelegt wird, nicht zur Freiheit des Stärkeren und darum zur

Diktatur über den Schwächeren? Das heißt aber dann natürlich zu seiner Unfreiheit? Eben das hatte ja der Marxismus in seiner Gesellschaftslehre gerade behauptet, wenn er die These vertrat, daß freie Verfügung über Produktionsmittel eine kleine Besitzerklasse in die Lage versetzte, der breiten Masse der Besitzlosen ihren Willen aufzuzwingen und auf der Basis ihrer Versklavung dann die eigene Freiheit exzessiv auszuleben. Dann wäre also Freiheit gerade kein allgemeines Idealbild mehr, sondern dann wäre Freiheit plötzlich das sozial aufputschende Monopol einer Minderheit geworden. Auch wenn man kein Marxist ist, wird man einräumen, daß diese Theorie unter einer Bedingung recht hat, unter einer Bedingung freilich, die Marx selbst nicht gesehen hat, daß nämlich die Freiheit als oberster Wert verstanden wird und daß keine autoritative Größe, daß Gott nicht mehr da ist, in dessen Namen dann Freiheit geübt wird. Dann wird die Freiheit zum Freibrief des individuellen und des kollektiven Egoismus, dann hebt sie also mit Notwendigkeit die Gleichheit und damit wohl auch die Brüderlichkeit auf. Die absolut gesetzte Freiheit, d. h. eine Freiheit, die nicht mehr dient und nicht mehr gebunden ist und also keine Freiheit „wozu“, keine Ermächtigung „wozu“ mehr ist, bildet eine Macht der Zerstörung.

Wir sind ja merkwürdig romantisch. Darum hat nun der Marxismus-Leninismus innerhalb jenes idealen Dreigestirns eine kleine Umstel-

lung vorgenommen. In seinem Sinne müßte man nämlich die Reihenfolge so wählen: Gleichheit — Freiheit — Brüderlichkeit. Die Gleichheit bedeutet hier die grundsätzliche Gleichordnung aller Glieder des Kollektivs. Der Bolschewismus zerschlägt ja, wie wir wissen, den natürlichen Fels und die natürlichen Gesteinsschichten der gewachsenen Stände und Gemeinschaften. Er atomisiert sie gleichsam und pappt dann die zerriebenen Moleküle wieder zum Kunststein des Kollektivs zusammen. Gleichheit ist also hier, wenn man sie definieren sollte, nichts anderes als die Gleichordnung der Moleküle im Kollektiv. Aber geht der Prozeß nun nicht auf eine erstaunlich ähnliche Art, dämonisch ähnliche Art, weiter wie im Westen? Daß diese Ideen nun gleichsam ein eigenes Leben bekommen und sich zu ändern zielen auf und davon machen als die ideologischen Träumer dies je gewöhnt und gewünscht haben? Das Ideal der Gleichheit nämlich, das nun das Dreigestirn anführt, ist eine abstrakte und unnatürliche Konstruktion, die nur als gewaltsame diktatorische Gleichmacherei durchzusetzen ist. Als eine so gewaltsam zu machende hebt sie aber die Freiheit von vornherein auf und genauer, sie verlagert die Freiheit aus der Sphäre des Individuums in die des Kollektivs. Freiheit, und das ist jetzt dieser heimliche Wandel, der eingetreten ist, Freiheit ist dann nur noch die angebliche Freiheit der Klasse, etwa die der Diktatur des Proletariats. Auch bei Hitler hatte man ja einen ähnlichen Vorgang. Erinnern Sie sich an das Wort: Du bist nichts, dein Volk ist alles. Das heißt auch: Du bist nichts hinsichtlich deines Anspruchs, Freiheit zu haben, sondern das Volk hat den Anspruch, Freiheit zu haben; und gerade in dem Maße, wie das Volk diesen Anspruch realisiert, mußt du dich in deinem individuellen Aktionsradius begrenzen. Was ist diese Diktatur schließlich anders als die gruppenegoistische Freiheit des Proletariats oder des Volkes, zu deren höherer Ehre das Individuum dann die Verfügung über sich selbst aufzuopfern hat? Was ist das also anders als eine entartete Freiheit? Oder sollte es etwa keine Entartung sein, wenn das Kollektiv im Namen seiner Freiheit, seiner Privilegien das Individuum nun tyrannisiert, es entpersönlicht und es entweder zum Opfer oder zum willenslosen Funktionär macht? Das ist doch die schauerliche Alternative, die dann übrig bleibt. Was im Zuge dieses Gefalles dann aus der dritten Idee, aus der Brüderlichkeit wird, bedarf wohl kaum eines weiteren Wortes. In Klammern darf ich aber noch hinzufügen: Wenn wir Zeit hätten, wäre es nicht ohne einen gewissen schauerlichen Reiz, zu beobachten, wie auch die Gleichheit sich als künstliche gesellschaftliche Konstruktion nicht aufrecht erhalten läßt. Wie also nicht nur die nachgeordneten Werte in jenem Dreigestirn, sondern wie auch der Primatwert am Anfang, sozusagen von innen angefressen wird. Denn wir wissen ja, daß es nirgendwo solche Klassenunterschiede wie in der Sowjetzone gibt. Das ist eine Art ironische Rache; Hegel würde sagen: das ist die List der Idee. Stehen also nun Ost und West hier letzten Endes nicht vor der gleichen Krise, indem sie je auf ihre Weise den falschen Göttern opfern? Sei es, daß sie der vergötzten Freiheit opfern oder sei es, daß sie den ideologischen Altären einer künstlichen Gleichheit opfern.

Das Primat der Bruderliebe

Wir werden darum aufhorchen, wenn wir erfahren, daß auch Luther, der Christ Luther, jene drei Begriffe schon kennt. Ich habe das nicht selber gefunden, sondern in dem großartigen Werk des Münchner Juristen Johannes Heckel zitiert gefunden. Luther kennt auch schon jene drei Begriffe, nur mit dem bemerkenswerten und sehr aufregenden Unterschied, daß sie hier wieder in einer anderen Reihenfolge auftauchen, nämlich so: Brüderlichkeit — Freiheit — Gleichheit. Wie kommt Luther dazu, die Bruderliebe voranzusetzen? Ich habe unter der Hand den ersten der drei Begriffe ein wenig geändert. Ich habe nämlich nicht mehr Brüderlichkeit, sondern Bruderliebe gesagt. Und so steht es auch bei Luther. Das Wort Brüderlichkeit klingt ja wie alle Worte auf -keit, ob Persönlichkeit oder Gläubigkeit. Das Wort Brüderlichkeit drückt ja ein Prinzip aus, und das ist im unmittelbar persönlichen Bereich immer eine etwas gewaltsame Konstruktion, die sich vom wirklichen Leben entfernt, gerade so als wenn man statt Liebe Lieblichkeit sagen würde. Nein, es steht hier wirklich das Wort Bruderliebe da. Es könnte auch Nächstenliebe heißen. Wenn dieses Stichwort aber fällt, ist für jeden Kundigen sofort der theologische Zusammenhang da, auf den Luther anspielen will. Nächstenliebe ist ja gegründet auf die Tatsache, daß ich selber von Gott geliebt bin und daß ich die mir widerfahrene Liebe weiterreiche, sozusagen auf den Nächsten hin reflektiere. Nächstenliebe ist nicht so etwas wie ein moralischer Aufschwung, der auf irgend einen ethischen Imperativ hin möglich wäre, sondern Nächstenliebe ist ja nur die Austeilung von etwas, was ich empfangen habe. Sie brauchen nur an das Gleichnis vom Schalksknecht zu denken, um sich das klar zu machen. Und nicht nur die Möglichkeit der Nächstenliebe verändert sich so dadurch, daß ich mich geliebt weiß, sondern auch der Nächste verändert sich dadurch. Denn der Nächste ist dann nicht mehr für mich wichtig dadurch, daß er einen immanenten Wert besitzt, daß er meinerwegen Charme besitzt oder daß er funktionstüchtig im beruflichen Sinne wäre oder sonstige Reize für mich besäße, sondern er ist für mich entscheidend wichtig dadurch, daß er teuer erkaufte ist, daß Jesus Christus für ihn starb, daß er eine fremde Würde hat. Ich drücke es gerne so aus, er ist nicht wichtig für mich dadurch, daß er verwertbar ist, sondern dadurch, daß er einen unendlichen Wert hat im Sinne jener fremden Würde. Nächstenliebe entsteht also nicht aus einem moralischen Anspruch, sondern sie entsteht aus dem Glauben, d. h. sie entsteht so, daß ich in Jesus Christus Kontakt mit dem Vater wiedergefunden habe. Dann aber wird nun auch sofort deutlich, wie sich zu der so verstandenen Gotteskindschaft jetzt Freiheit und Gleichheit verhalten. Freiheit bedeutet nämlich dann gar nichts anderes als so etwas wie Reichsunmittelbarkeit zu Gott, d. h. wenn mein Gewissen an Gott gebunden ist, darf niemand und nichts über mich herrschen, es sei denn, daß dieses andere seinen Auftrag von Gott empfangen hat und daß es sich als beauftragte Instanz zu legitimieren vermag. Als Beispiel dafür lassen Sie mich hinweisen auf den

Staat, der nach dieser Sicht der Freiheit auch nicht ohne weiteres Verfügungsgewalt über mich hat. Im dritten Reich wurde diese Frage für uns genau so akut wie sie heutzutage für die Menschen in der ideologischen Tyrannei, für die Christen in der ideologischen Tyrannei akut ist. Da steht zwar im Neuen Testament das Wort, Römer 13, „seid untertan der Obrigkeit“, aber es wird zugleich hinzugefügt, sie hat — und darin besteht ihre obrigkeitliche Funktion — die Guten zu belohnen und die Bösen zu bestrafen. Der Staat stellt also selbst keine letzte Norm dar, sondern er ist seinerseits normiert, und zwar durch die Gebote Gottes normiert, die Guten zu belohnen und die Bösen zu bestrafen. Wenn ich also reichsunmittelbar zu Gott bin, dann kann es in diesem Zusammenhang nur bedeuten, daß ich die Freiheit habe, jede mich beanspruchende Autorität nach ihrer Legitimation zu fragen.

Die entscheidende Nachricht

Die Freiheit der Kinder Gottes ist für jede ideologische Tyrannei das große Ärgernis. Denn durch diese Freiheit wird ihr Totalitätsanspruch begrenzt. Hier wird der Staat nach seiner Legitimation gefragt, damit werden die Fundamente seines Anspruchs untergraben und die Spielregeln seiner Machtausübung gestört. Die Kinder Gottes sind kein Holz, aus dem man Funktionäre schnitzt. Ich meine, daß diese Botschaft von der Freiheit der Gotteskinder die entscheidende Nachricht sei, die in alle jene Bereiche getragen werden müsse, wo die Omnipotenz des Staates herrscht. Sie ist das Spezial-Evangelium für die Welt der Funktionäre, weil sie an ihm wieder genesen und aus dinglich-personlosen Instrumenten wieder zu freien Menschen werden können. Alles westliche Kampfgeschrei von der Menschenunwürdigkeit der ideologischen Diktatur wird die jungen Kommunisten aber so lange nicht überzeugen, wie nicht die eigene personale Würde in ihnen emporwächst und sie dann ganz von selbst gegen die Diktatur immunisiert. Aber wie soll denn diese eigene personale Würde anders entstehen als durch diese Botschaft von der Freiheit? Aber wie kann diese Botschaft ernstlich die Freiheit verheißen, wenn sie nicht

Denn ich habe die Freiheit, nur Gott gehorsam zu sein und eine Autorität nur dann über mir anzuerkennen, wenn sie ihrerseits in dem gleichen Gehorsam steht, wenn sie also keine norma normans sondern eine norma normata ist. In diesem Sinne hat sowohl Luther wie Paulus keine absolute Autorität für sich in Anspruch genommen, sondern sie haben sich selbst als Beauftragte gewußt, die auf ihren Auftrag — bei Luther ist es die Heilige Schrift — hin befragt werden wollen. Und wenn manche Formen des Luthertums Luther zu einer Art Kirchenvater machen wollen, ist das gerade ein Mißverständnis dessen, was Luther selber sein wollte. Dieses Geheimnis der Autorität bildete übrigens den letzten Grund des Kirchenkampfes. Die bekennende Kirche glaubte vor einer Perversion des Staates zu stehen in dem Sinne, daß der Staat die Guten bestrafte und die Schlechten, die Bonzen, belohnt. Darum erkannte sie das dritte Reich als Staat nicht an.

zugleich die fröhliche Nachricht von der Kindschaft ist, d. h. die fröhliche Nachricht von dem ist, was mich zur Freiheit ermächtigt? Freiheit ist doch eine Ermächtigung, das ist doch keine gute Eigenschaft des Menschen. Das Gegenteil zur Knechtschaft ist ja darum auch nicht die Ungebundenheit, die führt sehr bald, wie das Gleichnis vom verlorenen Sohn zeigt, in neue Fesselungen und Verstrickungen. Sondern das Gegenteil der Knechtschaft ist nach Paulus die Kindschaft. Freiheit ist nicht das Gegenteil von Bindung sondern ist eine besondere Form der Bindung. Die Bindung an Mächte, Institutionen, Menschen knechtet. Die Bindung an Gott macht frei. Denn Freiheit heißt nicht, wie Paul de la Garde einmal sehr schön sagt, daß man tun darf was man will, sondern Freiheit heißt, daß man werden darf, was man soll. Wir sind aber berufen, das Bild zu werden, zu dem uns Gott entworfen hat. Diese Bestimmung zu erfüllen und sich alles andere zufallen zu lassen, das ist das einzige, was den Namen Freiheit verdient. In diesem Sinne könnten wir das, was wir den jungen Kommunisten und was wir vor allem uns selber zu sagen hätten, noch beliebig erweitern.

Aus dem Geborgensein heraus

Ein Fragenkreis sei zum Schluß wenigstens noch angedeutet, damit wir die unendliche Fülle der Gedanken und Impulse ahnen, die uns auf diesem Wege erschlossen werden. Dieser letzte Fragenkreis würde die Freiheit der Wissenschaft umschließen. Auch die Wissenschaft ist nämlich auf das Geheimnis der Erlösung bezogen. Christus erlöst zur Sachlichkeit. Oder wie Bonhoeffer das ausdrücken würde: Christus erlöst zu einer echten Weltlichkeit. Es ist ja immerhin eine merkwürdige und zum Nachdenken ermunternde Beobachtung, wenn wir sehen, daß Naturwissenschaften und Technik ausgerechnet im christlichen Abendlande entstanden sind. Warum eigentlich? In Indien könnte man sich das schon deshalb nicht denken, weil es in Indien schon gar keine Anatomie der Kuh geben dürfte, weil die Kuh als heiliges Tier mana-heilig ist. Und so wird die Kuh hier zu einer Repräsentation

der Welt Dinge überhaupt innerhalb der Welt der Religionen, wo nämlich die Welt Dinge manahaltig sind, wo die Welt dämonische Kräfte in sich enthält, die man fürchten muß. Darum wird man in China auch nicht gerne Astronomie treiben sondern, darauf hat Freytag einmal sehr schön hingewiesen in einem seiner Bücher, darum wird man eben den Mond mit Lärm vertreiben, man wird Zauberhandlungen vornehmen, man wird aber nicht objektiv sein können. Denn objektiv sein, ist ja nicht eine beliebige intellektuelle Haltung sondern Objektivität setzt ja einen ganz bestimmten Zustand unserer Existenz voraus, nämlich den der Gelassenheit. Man könnte hier als Theologe aus der Schule plaudern und könnte sagen, wie viel etwa, als die historisch kritische Schriftforschung aufkam, die Theologen die Objektivität nicht wahrten, weil sie meinten: wenn ich hier einfach historisch-

kritisch vorgehe, dann säge ich den Ast ab, auf dem ich sitze, und ich habe am Schluß nur noch die beiden Bibeldecken in der Hand, so daß man dann also — das war die positive Theologie — eine Art Zweckwissenschaft versuchte, daß man dauernd mit sehr künstlichen und unglaubwürdigen Mitteln historisch zurechtflickte, weil man noch nicht gefunden hatte, wozu uns dann Martin Kaehler geführt hat, was es bedeutet, mitten im kritischen Verhältnis zum Historischen an Jesus Christus zu glauben. Also ich erwähne das nur als Beispiel, weil an ihm besonders schön deutlich wird, daß Objektivität und Sachlichkeit auf einer ganz bestimmten Existenzhaltung beruhen, sagen wir einmal auf der Existenzhaltung der Gelassenheit oder besser der Geborgenheit. Auf dem Wissen darum, daß die Welt nicht von bösen Dämonen erfüllt ist, sondern daß es einen Herrn gibt, der die Dämonen überwunden hat, und daß ich nirgendwo anders hin fallen kann als in die Hände dieses Herrn. Dieses Wissen um die mögliche Gelassenheit, um die mögliche Geborgenheit steht am Anfange des Weges, der wissenschaftliche Objektivität ermöglicht.

Das durch die Erlösung erworbene Gut der Sachlichkeit bleibt zwar auch dann noch eine zeitlang erhalten, wenn der Mensch des Säkularismus sich vom Ursprunge dieser Freiheit, dieser Ermächtigung zur Gelassenheit, längst gelöst hat. Aber in der letzten Konsequenz dieses Säkularismus hebt er auch die Freiheit der Forschung wieder auf, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde, weil nämlich der unerlöste Mensch Angst vor der Wahrheit hat. Die Angst seiner grenzenlosen Verlassenheit, wie sie Jean Paul im Siebenkäs beschrieben hat, zwingt ihn, sich nur mit seinen Kreaturen zu umgeben, so wie ein ängstlicher Diktator sich mit seinen Kreaturen umgibt, nicht nur mit Menschen, die ihm als Funktionäre hörig sind und ihre Freiheit aufgegeben haben, sondern auch mit Wahrheiten umgibt er sich, die seine Kreaturen sind, mit Wahrheiten und Grundsätzen nämlich, die nicht

mehr in Frage stellen dürfen, sondern die ihn bestätigen müssen. Der Nationalsozialismus hat uns das in der Art vorexerziert wie er die religiöse Wahrheit behandelte, daß sie nicht nur artgemäß, daß sie menschengemäß sein müsse, daß sie dem Menschen anprobiert wie von einem Maßschneider sein müsse und auf diese Weise keine Druckstellen ergibt. Der Bolschewismus exerziert es uns vor in der Art wie er die wissenschaftliche Wahrheit zu einer Kreatur erniedrigt, nicht nur die geisteswissenschaftliche — man muß ja nur einmal die östlichen Geschichtsbücher ansehen, um zu sehen, wie er damit umspringt, wie er wirklich die Wahrheit zu seiner Kreatur macht, die ihm nicht mehr gefährlich werden will, weil durch alle Linien der Geschichte die geometrischen Örter auf ihr zeigen — sondern auch die naturwissenschaftliche. Wenn Sie etwa an die botanische These von der Vererbung erworbener Eigenschaften denken, die an Pflanzen,

Tieren immer wieder nachgewiesen wird, warum eigentlich? Nun, weil diese biologische These von der Vererbung erworbener Eigenschaften, wenn sie besteht, natürlich eine unheimliche Bestätigung der marxistischen Milieutheorie wäre. Denn der Marxismus geht davon aus, daß der Mensch machbar ist. Indem man die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert, wird der Mensch selber anders, in der Substanz anders, und wenn er in der Substanz anders wird, dann müßte ja dies Substanzhafte sich auch biologisch manifestieren indem es vererbbar wird. Eine ungeheure weltanschauliche These wird hier mit Hilfe botanischer Experimente, man braucht nicht zu sagen, wie sie gestellt sein müssen, nachgewiesen. Hier zeigt sich also, was eine unerlöste, eine nicht zur Sachlichkeit erlöste Wissenschaft ist. Hier zeigt sich, was die Dogmatisierung, die ideologische Dogmatisierung des Lebens schlechthin bedeuten kann.

Segen oder Fluch?

Ich will hier abbrechen. Das Entscheidende, um das es mir in diesem vielgliedrigen Gedankengang ging, war im Grunde dasselbe und etwas sehr schlichtes: Ob der Tag X ein Tag des Segens oder des Fluches wird, ist ein durchaus offene Frage. Eine naive Vorfreude, die diesen Tag nur für die Schicht des Gemütes oder der vaterländischen Begeisterung aktuell sein läßt, geht in gefährlichster Weise am Ernst der wirklichen Situation vorüber. Der Tag X würde ein Tag des Unsegens und der Gnadenlosigkeit sein, er würde zu verheerenden geschichtlichen Konsequenzen führen, wenn wir die Menschen jenseits des eisernen Vorhangs mit platter westlicher Selbstsicherheit nur zum Anschluß nötigen würden und sie gewisser Segnungen teilhaftig werden ließen, die in unseren Händen längst zu leeren Schalen geworden sind. Er würde ein Tag des Segens werden, wenn wir im Angesichte der überzeugten Kommunisten uns selbst auf die Glaubwürdigkeit unserer eigenen Grundlagen befragen lie-

ben, wenn wir harte Revisionen vornehmen und wenn wir selber zur Umkehr bereit wären. Es ist immer etwas anderes, ob man im Monolog mit sich selbst seinen Ideen frönt oder ob man im Angesichte einer fremden Überzeugung Revisionen vornehmen muß. Der Tag X wird eine Fülle politischer, wirtschaftlicher und damit auch organisatorischer Aufgaben stellen. Diese alle aber würden das Pferd vom Schwanz her aufzäumen, wenn sie das erste und das letzte sein sollten. Es ist der heimliche Segen und der heimliche Auftrag dieses Tages, daß er uns zu dem exerzitiu nötig, die letzten Fragen unseres eigenen Lebens zu bedenken. Denn so ist es ja wirklich: es geht am Ende nicht einmal um das christliche Abendland, das ist nur ein geographischer und kulturgeschichtlicher Begriff, sondern es geht um mich selbst. Und wenn ich mit dieser Schicksalsfrage zu tun habe, darf ich nur noch in der ersten Person reden. Denn ich bin bei meinem Namen gerufen.

PAUL WENTZCKE

Heinrich von Gagern

Präsident der ersten deutschen Nationalversammlung

Die vorliegende Skizze des Parlamentariers Heinrich von Gagern beruht auf seinem politischen Nachlaß und auf zahlreichen weiteren, bisher kaum verwerteten Quellen aus Privatbesitz sowie auf den Beständen des Bundesarchivs, dessen Zweigstelle Frankfurt die Zeit des Deutschen Bundes (1815—1866) in den Mittelpunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit stellt. Für die Frühzeit bereitet Wolfgang Klötzer in Gemeinschaft mit dem Verfasser unter dem Stichwort „Deutscher Liberalismus im Vormärz“ eine Auswahl vor, eine zeitlich gleichlaufende biographische Veröffentlichung wird in einer neuen Publikationsreihe „Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung“ (Universitätsverlag C. Winter, Heidelberg) erscheinen.

Anfänge und Auftrieb

„Bewundert viel, und viel gescholten,“ so hat die Überlieferung des 19. und 20. Jahrhunderts in mehrfacher Wandlung Heinrich Freiherrn von Gagern, den Präsidenten des ersten gesamtdeutschen Parlaments, gezeichnet: Für die Zeitgenossen des „Vormärz“ war er der führende „Liberale“ der engeren Heimat, des Großherzogtums Hessen-Darmstadt; in der Chronik der 1848/1849 unvollendet gebliebenen Revolution gab er mit seinen Leitsätzen vom „engeren und weiteren Bund“, die Österreich an die europäische Mitte binden sollten, der Frankfurter Paulskirche ein neues Programm; den Nachfahren endlich, die sich für eine preußisch-deutsche Lösung der Einheitsfrage einsetzten, schien er dem Grundproblem eines solchen Strebens abtrünnig zu werden. Erst jetzt, da seit wenigen Jahren ein reicher Nachlaß der Forschung erschlossen ist, läßt sich in voller Deutlichkeit verfolgen, wie allen zeitbedingten Widersprüchen zum Trotz ein Gedanke mehr als fünfzig Jahre hindurch das Wirken einer der volkstümlichsten Persönlichkeiten dieser Zeit durchzieht: Die Forderung einer Volksvertretung als Bürgerschaft für das Gelingen des Werkes, der Nation einen gemeinsamen Staat zu geben. Da die Auswahl wichtiger Zeugnisse langsam fortschreitet, ein ausführliches Lebensbild nach sachkundigem Urteil der nötigen Teilnahme nicht sicher ist, sei an dieser Stelle eines Mannes gedacht, der in seinem Eintreten für Freiheit in Einheit die Anfänge des deutschen Parlamentarismus wesentlich bestimmt hat.

Herkunft und erste Einflüsse

Für das Leben des Vaters, des Reichsfreiherrn Hans Christoph von Gagern, der „Lebenskräfte abendländischer Geistesgeschichte“ in das neue Jahrhundert der Revolutionen rettete, dürfen wir aus der Feder des Darmstädter Historikers Helmuth Rößler eine ausführliche Würdigung erwarten. Des Vaters Einfluß vor allem hat die drei „politischen“ Söhne, den Offizier Fritz, Heinrich und Max begleitet. In einer Voraussetzung, in der Achtung und Anerkennung des alten Reichsgedankens, fühlten sich alle vier Träger des Namens verbunden. In seinem Bann waren die Vorfahren von der (schwedischen) Insel Rügen, wie Hans Christophs „Nationalgeschichte der Deutschen“ stolz berichtet, Kriegsdienst und Ehre suchend an den Rhein gekommen; als Offiziere und Hofleute der Wittelsbacher wurden sie in den Zeiten der Aufklärung am linken Ufer des Stromes sesshaft. Daß noch der Großvater der vielgenannten Brüder im französischen Heer sein Glück suchte, tat der Treue zu Kaiser und Reich keinen Abbruch. Erst gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts, als Persönlichkeit und Ruf Friedrichs des Großen ein neues Nationalgefühl weckten, erschien eine solche Freizügigkeit nicht mehr vertretbar. Lediglich seine erste Ausbildung erhielt der Sohn, eben Hans Christoph, im elsässischen Colmar in der internationalen Militärschule des Fabeldichters Pfeffel; den letzten Schliff gab der Reichshofrat in Wien. Dann aber führten reiche Kenntnisse, gute Beziehungen und gewandte Umgangsformen den knapp Dreißigjährigen in dem auf beiden Rheinufern verankerten Fürstentum Nassau-Weilburg zu hohen Ehren. Als wenig später in Frankreich die große Wende ein-

trat, die Revolutionsheere die linksrheinischen Landschaften überrannten, forderte der Minister als „deutscher Edelmann“ seine Landsleute, die Fürsten der Macht und des Geistes, auf, zwischen den kämpfenden Großstaaten einen Nationalverein, einen „Tugendbund“ zu begründen. Da auch das Lahntal und damit die Ruhe der in Weilburg heimischen Familie bedroht blieb, flüchtete Hans Christoph die am Niederrhein aufgewachsene Lebensgefährtin, die aus katholischem Geschlecht ein neues Element in das rein protestantische Haus gebracht hatte, mit den ältesten Kindern nach Bayreuth. Hier, wo seit kurzem preussische Verwaltung das Erbe der fränkischen Markgrafen übernommen hatte, wurde am 20. August 1799 als dritter Sohn Heinrich in der Eremitage geboren, die am Ende des letzten Weltkrieges der Zerstörung anheimfallen sollte. Symbolhaft stehen die Anfänge des neuen Sprößlings zwischen Krieg und Frieden, zwischen dem Reich und dessen stärkstem Gegenspieler, dem Königtum der Hohenzollern. Unter den gleichen Zeichen führten ihn die nächsten Jahre zur ersten Bewährung.

Während sich der Vater um eine Verbindung der deutschen Ostmächte gegen die Vorherrschaft Napoleons bemühte und damit freundschaftliche Beziehungen zu Erzherzog Johann, dem Reichsverweser der deutschen Revolution, knüpfte, teilte er die drei heranwachsenden Söhne der von ihm erhofften Zukunft zu. Der 1794 auf dem Schloß in Weilburg geborene Fritz trat nach kurzen Studien in Göttingen in das Heer des nunmehr auf Österreich beschränkten Kaisers; die beiden nächsten Brüder sahen sich der Münchener Militärschule zugewiesen. Beim ersten Friedensschluß mit Frankreich (1814) blieb der im politischen Leben unbedeutende Karl in Bayern; Heinrich dagegen sollte sich in der nassauischen Heimat auf den Verwaltungsdienst oder die diplomatische Laufbahn vorbereiten. Hans Christophs eigene Pläne gingen bei der Neuordnung Mitteleuropas weiter. Die ernste Absicht, den oranischen Zweig seines Fürstenhauses neben den nördlichen und südlichen Niederlanden (dem späteren Belgien) durch Zuteilung weiterer Reichsgebiete enger an einen künftigen gesamtdeutschen Staatenverband zu fesseln, sollte diesem Würde und Ansehen der abendländischen Vormacht zurückgeben; der Übertritt des ältesten Sohnes in den Dienst des neuen Königreichs erschien ihm für diese Aufgabe ein persönliches Opfer und eine sachliche Bürgschaft. Als daher die Rückkehr des Korsen aus Elba (1815) Europa aufs neue zu den Waffen rief, fanden sich die Brüder Heinrich und Fritz bei Waterloo und Belle-Alliance auf dem gleichen Schlachtfeld: der eine im niederländischen Heer, der jüngere als Unterleutnant unter den vom Herzog von Nassau ins Feld gesandten Freiwilligen. Ein ausführlicher Bericht über diese Vorgänge ist zum ersten persönlichen Zeugnis des künftigen Parteiführers geworden. Die Jahre der Kindheit waren vorüber. Anregungen, die der Student der Rechte in den Jahren 1815 bis 1819 in Heidelberg, Göttingen und Jena empfing, haben in einer zweiten Epoche seinen Lebensgang aufs tiefste bestimmt. Für ihn wie für zahlreiche Altersgenossen, die sich in Verwaltung, Wirtschaft und Geistesleben auszeichneten, als Wegbereiter der ersten deut-

schen Parteien gelten, ist die Burschenschaft zur wahren Schule politischen Denkens geworden.

Schwere Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft, die sich geistig und in ihrer Gliederung aus dem Zwang landsmannschaftlicher Zersplitterung löste, hatten diese erste deutsche Jugendbewegung vorbereitet. Nach dem von Jena aus angeregten Wartburgfest (18. Oktober 1817) legten Professoren und Studenten der thüringischen Hochschule in „Grundsätzen und Beschlüssen“ ein eindrucksvolles Programm für die innenpolitische Entwicklung künftiger Jahrzehnte fest. Die Einheit Deutschlands steht voran: konstitutionelle Monarchie, Ministerverantwortlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, öffentliches Gerichtsverfahren und Geschworenengerichte, ein deutsches Gesetzbuch, Sicherheit der Person und des Eigentums, Abschaffung der Geburtsvorrechte und der Leibeigenschaft sowie nicht zuletzt Rede- und Pressefreiheit sollten die staatsbürgerliche Freiheit wahren. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte wurden Grundrechte formuliert, die langsam und stetig aus dem bislang abgeschlossenen Stand der Akademiker an Boden gewinnen, dreißig Jahre später Mitteleuropa zur Umbildung des absolutistischen Staates aufrufen sollten. Daß bald danach wiederum in Jena Vertreter nahezu aller deutschen Hochschulen (mit Ausnahme der österreichischen Kronländer) in dem von ihnen begründeten Allgemeinen Verband ein „Bild ihres in Freiheit und Einheit erblühenden Volkes“ vorzeichneten und die „Ausbildung einer jeden geistigen und leiblichen Kraft für das gemeinsame Vaterland“ forderten, gab solchem Bekenntnis eine erstaunliche Wirkung. Als Sprecher der eigenen Jenaer Burschenschaft trat Heinrich von Gagern zum ersten Male vor eine größere Gemeinschaft. Männer wie der radikale Karl Follen, dessen Vorbild und Lehre in den Werken eines Georg Büchner einen dramatischen Ausklang erhielten, Heinrich Leo, der Vorkämpfer einer künftigen konservativen Richtung, der Kunsthistoriker Ernst Förster und Jens Uwe Lornsen, der seine schleswigschen Landsleute zu engstem Anschluß an das übrige Deutschland aufrüttelte, werden als die nächsten Freunde des hochgewachsenen, redebegabten Jünglings genannt. Aus dem Gegeneinander von Republik und Monarchie entwickelte sich für ihn in den leidenschaftlichen Gesprächen eines „engeren Vereins“ das Idealbild der repräsentativen Monarchie. Auf seine Empfehlung hin sind, soviel wir wissen, wesentliche Bestimmungen in die neue „Verfassungsurkunde“ der größeren studentischen Vereinigung eingefügt worden.

Den Rückschlag, der diese fruchtbare Entwicklungsreihe als eine revolutionäre, „jakobinische“ Bedrohung der souveränen deutschen Einzelregierungen und des von den Großmächten Europas geschützten Deutschen Bundes jäh unterbrach, hat Heinrich erst in Genf erlebt, wo er auf Drängen des Vaters seine juristische und gesellschaftliche Ausbildung abschloß. Das Ergebnis ist deutlich: Weit stärker als die alte, vom Vater übermittelte Tradition der Reichsritterschaft, der auch der Freiherr vom Stein und dessen Gegenspieler, der österreichische Staatskanzler Metternich, verpflichtet waren, haben neben dem ständigen Zuspruch des ältesten Bruders die in Jena empfangenen Anregungen den politischen Werdegang Heinrichs beeinflußt. Mit einem reichen Schatz von Erinnerungen, auf die sich der „Waterloo-Mann“ und der Burschenschafter immer wieder berufen hat, trat er in ein tätiges Leben.

Politische Anfänge

Kurz zuvor hatte sich der Vater nach eifriger Mitarbeit am Bundestag, der höchsten Behörde des neuen Staatenvereins, aus dem Dienst des Hauses Nassau zurückgezogen, in Hornau (Kelkheim), unweit der Freien Stadt Frankfurt, einen Ruhesitz gefunden. Den Sohn im nahen Wiesbaden unterzubringen, verboten Unstimmigkeiten mit dem neuen Ministerium, verstärkt durch die „Karlsbader Beschlüsse“ (1819), die die Burschenschaft verfehmten, ihre Führer vom Staatsdienst ausschlossen. Nicht hier, sondern im Großherzogtum Hessen, das sich 1816 mit den im Wiener Kongreß übereigneten linksrheinischen Gebieten die alten Güter der Familie Gagern einverleibt hatte und Hans Christoph als Standesherrn dem neugeschaffenen Landtag zuwies, hat Heinrich eine ihm durch Geburt und Wissen zustehende Laufbahn begonnen. In ihr gehört er seitdem der Landesgeschichte Hessen-Darmstadts an. Im Werden und Wachsen einer ganz Deutschland umfassenden Staatsauffassung dagegen setzte der ständige Umgang mit alten und neuen Freunden die an der Universität vorbereitete Aussprache fort. Radikale Gedankengänge, wie sie in dem sozial und politisch ungefestigten Mittel-

staat von dem wilden Schöbling der Burschenschaft, den Gießener „Schwarzen“, vertreten wurden, lehnte der Edelmann, wie er selbst gesteht, in einer bewußt „aristokratischen“ Haltung ab. Wie in den anderen südwestdeutschen Ständerversammlungen, in Nassau und Kurhessen, in der benachbarten Rheinpfalz, in Baden und Württemberg rückte die Ausbildung einer konstitutionellen Monarchie in den Vordergrund. Nicht allein in Bayern, wo sich der fränkische und schwäbische Hochadel ein Sonderrecht wahrte, auch am Main und Rhein übernahmen — nicht anders wie in den unvergessenen Anfängen der großen französischen Revolution — Mitglieder der bisher „privilegierten“ Gesellschaftsschicht die Führung; von den gefeierten „Freiheitshelden“, dem Freiburger Karl von Rotteck und Adam von Itzstein, dessen hundertsten Todestag der Rheingau jüngst festlich beging, geht die Reihe bis zu dem konservativen Freundeskreis, den Hans Christoph von Gagern gegen den allzu „reaktionären“ Bundestag zusammengeschlossen hatte. Mitbestimmung der nach ihrer Ansicht politisch reifen Kreise von Besitz und Bildung war vorerst im kleineren Raum die wortreich ausgesprochene Forderung dieser älteren Generation. Dem jüngeren, im Befreiungskampf von 1813/1815 bewährten, in der Burschenschaft zusammengefaßten Nachwuchs stand die Einheit zum mindesten auf gleicher Stufe, um bald ihrerseits den Vorrang in Anspruch zu nehmen.

Der älteste Bruder, der nun von außen her, aus dem niederländischen Dienst, mit brennendem Herzen solche Vorgänge beobachtete, für kurze Frist Gelegenheit hatte, persönlich Einblick in die Tätigkeit des Frankfurter Bundestages zu nehmen, entwickelte Heinrich von Gagern weitere Aussichten: Als 1823 Preußen in den Augen der früheren Rheinbundstaaten mit der Einrichtung von Provinzialständen ebenfalls einen zaghaften Schritt auf der neuen Bahn wagte, bot seine Denkschrift „von der Notwendigkeit und den Mitteln, die politische Einheit Deutschlands herzustellen“, die Grundlage. In der Einkleidung eines literarischen Zwiegesprächs, die bald danach der Schwabe Paul Pfizer in seinem vielbeachteten „Briefwechsel zweier Deutschen“ aufnahm, stellte Fritz die Anschauungen der „Servilen“, der Anhänger eines „Systems“ der Beherrschung, und der bereits zu einer „Partei“ zusammenwachsenden liberalen Bewegung zum Vergleich. Der feierliche Schluß, mit dem er eine „Umschau über den gegenwärtigen Zustand Deutschlands und Europas“ abrundete, galt dem Bruder Heinrich persönlich: „Endlich sehe ich ein jüngeres Geschlecht, unähnlich dem alten, mit anderen Ideen erfüllt, voll warmer Vaterlandsliebe, im Kampfe gestählt und bewährt, ein Geschlecht, das seinen Nacken dem Joch nicht beugt und ungeduldig auf seine Zeit und seine Stelle wartet.“ Hatte bereits in Jena der vom Vater überkommene Reichsgedanke einen wesentlich gewandelten Inhalt erhalten — der neue Anruf festigte den Entschluß zur Tat.

Für uns, die wir diese Wendung Schritt für Schritt verfolgen, zeigen seitdem Heinrichs amtliche Gutachten einen starken Gegensatz zu der herrschenden Bürokratie sowie zu den Leitsätzen eines Staates, der sich höchst ungerne aus dem Bann des aufgeklärten Absolutismus löste. Eine eigene Schrift über das Recht der Stände auf regelmäßige Behandlung aller Finanzfragen gab ihm 1827 in aller Offenheit Ausdruck. Der feierliche Satz: „Es liegt in der Natur der Kräfte, daß sie geübt werden, in der Natur der Gewalt, daß sie sich ausdehnt“, verteidigte das „Verwilligungsrecht“ der Volksvertretung gegen alle Versuche, es durch den Einbau längerer „Finanzperioden“ zu schmälern. Mit großen Bedenken sah der Vater, daß „bei Freund Heinrich das übervolle Häfchen überläuft“. Das stolze Bekenntnis des Sohnes, daß er in einem „lumpigen Avancement“ keine Befriedigung finde, schien ihm recht zu geben. Von innen heraus, schrieb dieser, dränge es ihn „in der Periode der fortschreitenden Entwicklung Deutschlands“ zu einer ehrenvollen und hervorragenden Rolle: „Vom Dienst, von der Administration weiß ich genug, um unseren Staat ohne große Nachhilfe regieren zu können“. Ein selbstbewußter Wille klingt auf, wie wir ihn in dieser Richtung bei keinem der übrigen Führer der Opposition finden. Im Gegensatz zu dem preußischen Junker Otto von Bismarck, der ein halbes Menschenalter später im gleichen Lebensalter der landläufigen „Ochsentour“ entsagte, strebte Heinrich von Gagern „eine ständische Karriere“ an. Da in den „konstitutionellen“ Mittelstaaten für das passive Wahlrecht ein größerer Grundbesitz oder eine entsprechende Steuerquote Voraussetzung war, bat er, ihm das rheinhessische Familiengut Monsheim zu überschreiben: Es würde dann nur von Umständen, Klugheit und Berechnung abhängen, „entweder mit dem Ministerium einen ehren-

vollen Frieden zu schließen oder diesem gradezu den Krieg zu erklären und mit starken Waffen zu führen . . . In Europa, in Deutschland mögen sich die Dinge gestalten, wie sie wollen, so bleibt für Deutschland eine höhere politische Bildung immer Grundbedürfnis.“

Volksvertretung das leitende Motiv

Scharf war das Ziel umschrieben, über das Parla ment wenigstens vorläufig die Leitung eines kleineren Bundesstaats zu erreichen. Mit Milde freilich und mit ruhigem Verstand, wie sie Hans Christophs eigene Reden in der Darmstädter Kammer ausgezeichnet hatten, ließ sich nach Heinrichs Überzeugung „die deutsche Philisterei, dieser Hemmschuh unseres politischen Fortschritts, nicht aus ihrer Dämmerung wecken, sondern nur durch geistiges Rütteln und energische Stöße“. Man müsse versuchen, „ob das ständische Prinzip den Einfluß in Deutschland ausüben kann, dem ihm gebührt“. Während man in Darmstadt bemüht ist, diese Wirksamkeit einzudämmen, werde es sich darum handeln, „ständische Grundsätze und ständische Würde bei jeder Frage zu verteidigen“. „Auf diesem Wege mich geltend zu machen“, stimmt der großherzogliche „Staatsdiener“ dem vormaligen Reichsritter zu, „ist meine aristokratische Aufgabe“. Zugleich aber bedeutete dem Sprecher einer jüngeren Generation die Reform der einzelstaatlichen Verfassung lediglich eine Etappe auf dem wichtigeren Weg, neben der Freiheit die Einheit ganz Deutschlands zu erreichen. — Vorerst gelang es dem Vater, den Sohn von voreiligen Schritten abzubringen. Seine Beförderung zum Regierungsrat stillte den amtlichen Ehrgeiz, seine Vermählung fesselte ihn persönlich an die Residenz und an den Hof des Kleinstaates. Für längere Frist ließ sich der bohrende Drang nach politischer Betätigung nicht bannen; der frühe Tod der Gattin löste das kaum geknüpft Band. In Darmstadt vertiefte ein Regierungswechsel die Gegensätze; die Weltlage mehrte die Spannung.

Seit dem Hochsommer 1830 schlug die französische Julirevolution ihre Wellen tief nach Deutschland hinein. Mit der Loslösung Belgiens aus den Niederlanden zerbrach Hans Christophs eigenes Lieblingswerk. Der Bundestag versagte dem angegriffenen Bundesglied jede Hilfe. Neben dem Lieblingsbruder Fritz stand der jüngere Max (geb. 1810) im offenen Kampf gegen den Bruch des fünfzehn Jahre zuvor in Wien verbrieften Rechts. Während sich die Unruhe bei den norddeutschen Mittelstaaten gewaltsam Bahn brach, bewährte sich die Aussprache in den südwestdeutschen Ständeversammlungen als wichtiges Ventil. Hier, heißt es in einem Schreiben, das Heinrich ins Brabanter Feldlager sandte, „lerne man nunmehr die Rollen: die Partei, die etwas Vernünftiges will, wird täglich stärker. Das große Prinzip der Einheit wird ernstlich zur Sprache kommen, ernstlicher als je, und es wird Raum gewinnen.“ Ein weiterer Satz, daß ein tüchtiger Schnitter reiche Saat finde, spricht Preußen an. Aber — „Preußen wird über Deutschland nicht herrschen, wenn es nicht Pfand und Bürgschaft gibt.“ Klar und deutlich ist das Problem Preußen-Deutschland angeschlagen, das Friedrich Meinecke vor bald fünfzig Jahren in seiner geschichtlichen Schwere umriß. Hatte Fritz von Gagern in der Erwartung, daß Preußens „Reichsstände“ wie ein Magnet die bereits konstitutionell verpflichteten Bundesglieder anziehen würden, eine engere Verbindung der liberalen Parteigruppen gefordert, so nahm Heinrich diese Anregung mit anderen Vorzeichen auf: „Deutschland wird erst aus einer nationalen Repräsentation in seiner Größe hervorgehen, dadurch erst wird es zur einigen Nation.“ Vorläufig jedoch, fügte er hinzu, ist an die Erfüllung nicht zu denken. Preußen hat seine Stunde nicht erkannt. Umso stärker muß die öffentliche Meinung bearbeitet werden, daß wir „durch Abänderung der Bundesverfassung neue Garantien für den Schutz und die Stärke Deutschlands erhalten, durch einen Verzicht der kleineren Staaten auf das Recht des Krieges und Friedens und der Bündnisse sowie in einer Übertragung dieser Rechte alternierend an Preußen und Österreich“.

Weit über die kommende Revolution hinaus werden damit die Möglichkeiten umrissen, die dem künftigen Parteiführer und Staatsmann maßgebend blieben. Falls und solange Preußen willens war, die konstitutionellen Forderungen nach einer Mitbestimmung der bürgerlichen Kreise zu erfüllen, sollte ihm allein die Führung zufallen: Versagte diese Voraussetzung, konnte ein Dualismus die Sicherheit des Bundesgebietes und eine straffere Zusammenfassung seiner Kräfte verbürgen. Bei jedem Wechsel aber, den die außen- und innenpolitische

Konstellation im Herzstück Europas erzwang, hatte das Parla ment den Ausschlag zu geben, eine Volksvertretung, in der Heinrich ganz persönlich seiner „Partei“ und damit sich selbst die leitende Rolle zuwies. Dann erst fand die „ständische Laufbahn“, die er dem Vater in der engeren Heimat als Nahziel vorgezeichnet hatte, Fortsetzung und Erfüllung auf einer Kampfbahn, deren Grenzen noch gar nicht abgesteckt waren. Die parlamentarische Führung für ganz Deutschland ward ihm Lebenszweck und Inhalt.

Vorerst kam nur im engsten Kreis der damit angedeutete Konflikt zum Ausbruch. Vergeblich warb, wie Hans Christoph nicht ohne Stolz berichtete, das Ministerium um den unbotmäßigen Regierungsrat. Neue Zwischenfälle bezeugten die Unvereinbarkeit politischer Überzeugung und amtlicher Pflichten. Heinrichs Wahl in die zweite Kammer mußte als eine offene Kriegserklärung gelten. Ruf und Ansehen des Vaters steigerten den Eindruck, den die Darmstädter Vorgänge bis in den Frankfurter Bundestag auslösten. Mit einem Schlage ward der Neuling eine „puissance formidable“. Als er im wichtigsten Gremium des Landtages, dem Finanzausschuß, die konstitutionelle Gewaltenteilung in den Vordergrund rückte, rührte seine Kritik an die konservative Ausdeutung des auch von ihm anerkannten „monarchischen Prinzips“. Unter Verzicht auf ein Wartegeld entsagte Heinrich dem Staatsdienst. Neue Angriffe der Opposition, denen er persönlich Ausdruck gab, führten zweimal zur Auflösung der Versammlung. Weit später noch sind seine wichtigsten Reden aus diesen Sitzungsperioden als Musterstücke parlamentarischer Beredsamkeit einer breiteren Öffentlichkeit vorgelegt worden. Mit dem offenen Eintritt für die Opfer der neu einsetzenden „Demagogenverfolgung“ wurde Heinrich zum Sprecher einer größeren, aus der Burschenschaft hervorgegangenen Gemeinschaft. Als er bald darauf endgültig auf den rheinhessischen Familienbesitz übersiedelte, diente der Rückzug aus einer unfruchtbar gewordenen Tätigkeit der Ruhe und Reife. Die Teilnahme am öffentlichen Leben ward nicht gemindert, dafür sorgte ein Briefwechsel, in den sich nach und nach andere Persönlichkeiten aus Süd- und Norddeutschland einschalteten. Daß Jens Uwe Lornsen jetzt den Jugendfreund zu werktätiger Teilnahme an dem Geschick Schleswig-Holsteins aufrief, ihm ganz persönlich die Ausgabe seiner bedeutendsten Denkschrift als wichtiges „Vermächtnis“ anvertraute, zeigt anschaulich, wie man hier und dort in das politische Leben hinausgetreten war und Beachtung für die nach den Befreiungskriegen aufgestellten Ideale forderte.

Die künftige Laufbahn, in der die „ständische Karriere“ nur vertagt war, gründete Heinrich von Gagern, ähnlich dem Vorgehen des jungen Bismarck, auf die Mitarbeit in landwirtschaftlichen Verbänden, die in Rheinhessen auch für die Innenpolitik des Großherzogtums eine bedeutende Stellung einnahmen. Eine neue Zäsur der europäischen Geschichte, von außen durch eine gefährliche Orientkrise ausgezeichnet, im Inneren gegründet auf dem Thronwechsel in Preußen, wo man von dem neuen König Friedrich Wilhelm IV. Verständnis für eine gemeinsame Volksvertretung erhoffte, fand bei dem Gutsherrn von Monsheim (bei Worms) lebhafteste Teilnahme, ohne ihn zunächst zur Rückkehr in die politische Arena zu verlocken. Weder die nationale Begeisterung dieser Jahre, die das „Lied der Deutschen“ des Westfalen Hoffmann von Fallersleben festhält, noch ihre weltbürgerliche Ablehnung konnten den durch die „Reaktion“ erzwungenen Verzicht auf eigene Mitarbeit aufheben. Um so deutlicher zeichnete sich, als der junge Friedrich Engels in der „Rheinischen Zeitung“ neben dem „Konstitutionalismus“ des Südwestens den norddeutschen Liberalismus als einen neuen Schrittmacher begrüßte, auch für ihn der Weg in eine gesamtdeutsche Zukunft ab.

Umriss künftigen Handelns

Am Silversterabend des Jahres 1842 stellte Heinrich fest, daß sich der Geist der Nation in doppelter Richtung entwickele: „nach Einheit, deren Begriff dem Nebel immer mehr entrückt, und nach Freiheit im Repräsentativstaat“. Daß sich bei einer solchen Neuordnung Preußens und das sog. „dritte Deutschland“ des Südwestens finden würden, darüber ließ der Briefwechsel mit Fritz von Gagern keine Zweifel. „Schafft ein Programm für alle Ständekammern gemeinsam, schafft einen Mittelpunkt zur Hauptstadt“, hieß es bei dem älteren Bruder. Der jüngere erwartete zugleich ein freiwilliges Ausscheiden der habsburgisch-lothringischen Monarchie, „um dann umso fester das übrige Deutschland zu staatlicher Einheit zusammenzufügen“. In jedem Falle könne nur ein

Parlament die unausbleiblichen Gegensätze schlichten; in diesem aber war er persönlich bereit, die ihm zustehende Rolle anzunehmen. Während der junge Bismarck, wie es Erich Marcks ausgedrückt hat, den Staat „von außen und oben her, als Tatsache und Grenze“ sah, betrachteten ihn die südwestdeutschen Liberalen „als Gegenstand ihrer eigenen reformfreudigen Arbeit“. Dem Junker ging es um die Festigung der Gesellschaftsschicht, die Preußen bisher getragen hatte, dem bereits außerhalb der engeren Heimat anerkannten Parteiführer um das größere Problem eines neuen Deutschland.

Dann aber zeigte sich seit der Mitte der vierziger Jahre in der Auslegung innerpolitischer Grundsätze eine Scheidung in dem bislang gemeinsam geführten Kampf. Während sich jenseits der Bundesgrenzen,

in London, Paris und Brüssel sozialistische und kommunistische Gruppen in einer ersten Internationale fanden, sonderte sich im deutschen Staatenverein auf der einen Seite eine „demokratische“ Richtung ab, auf der anderen machte sich in Preußen und in Baden, in Sachsen und in Hessen der „Liberalismus“ zur Übernahme der politischen Verantwortung bereit. Just dreißig Jahre, seitdem er in Jena die „Grundsätze und Beschlüsse des Wartburgfestes“ kennengelernt, den ersten Verband begründet hatte, der die akademische Jugend ganz Deutschlands umschließen sollte, trat Heinrich von Gagern in die entscheidende Epoche seines Lebens. Die Hauptdaten sind bekannt, sie bedeuten zugleich die Ansatz- und Haltepunkte für den Durchgang der Nation zu ihrer ersten parlamentarischen Bewährung.

Auf der Höhe

Bereits das Vorspiel zeigte deutlich, welches Ansehen der rheinhesische Gutsherr genöß, als er sich im Frühjahr 1847 erneut zur Wahl in den Darmstädter Landtag stellte. Daß man den politischen Gegner am Hofe als den „Mirabeau“ eines neuen Umbruchs empfing, weckte Erinnerung und Besorgnis. Die parteipolitische Lage begann sich zu klären. Im badischen Offenburg, das sich für die aus Frankreich vordringenden Gedankengänge besonders aufnahmebereit zeigte, trafen sich im September 1847 die Heißsporne einer republikanischen Volksbewegung. Wenige Wochen später suchten in Gagerns eigenstem alten Wahlkreis Heppenheim Vertreter der konstitutionellen Monarchie nach Auswegen aus dem Irrgarten des Deutschen Bundes. Während die Einen unter Führung des niederrheinischen Kaufmanns David Hansemann die Ausweitung des preußisch-deutschen Zollvereins zu einer politischen Macht befürworteten und damit für die deutsche Innenpolitik zum Verzicht auf Österreich bereit waren, ohne damit die bisherige Staatenvereinigung zu sprengen, bemühte sich Heinrich um eine Lösung, die alle Glieder des Bundes in einem Parlament zusammenschließen könne. Außenpolitische Ereignisse überrundeten den Ausbau. Von Paris aus überzog eine revolutionäre Welle die abendländische Welt bis in die entlegensten Winkel Mitteleuropas.

Vom Vorparlament zur Paulskirche

Den Auftakt brachten die in Heppenheim besprochenen Anträge „zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen“, um auf den Zusammentritt von Vertretern der deutschen Ständekammern am Bundestag hinzuwirken. Neben, ja unter diesem Gesandtenkongreß wäre damit ein parlamentarischer Rat zugelassen worden. Bereits Friedrich Bassermann aber warnte bei der Begründung dieser „Motion“ in der badischen Kammer vor dem kommenden Sturm. Als Heinrich von Gagern am 28. Februar 1848 in Darmstadt die Anregung wiederholte, forderte er offen ein deutsches Parlament. Mit dem Sturz des französischen Bürgerkönigs war der Weg zu völligem Umbruch frei geworden. Unheimlich schnell sah man sich vor der Entscheidung. Am 5. März forderten in Heidelberg Vertrauensmänner aus dem Südwesten „zur Beseitigung innerer und äußerer Gefahren sowie zur Entwicklung der Kraft und Blüte deutschen Nationallebens“ eine nach der Volkszahl gewählte Nationalvertretung. Die Umstellung von der bisher allgemein anerkannten „ständischen“ Gliederung zu einem Wahlgesetz, das weiteren Gesellschaftsschichten die volle Gleichberechtigung zusprach, eröffnete einen bedeutsamen Ausblick.

Aus der Versammlung heraus wurde Heinrich von Gagern nach Darmstadt berufen. Wie es sich der Jüngling fast genau zwanzig Jahre vorher vorgenommen hatte, mündete die „ständische Laufbahn“ zunächst in einem kleineren, verantwortungsvollen Pflichtenkreis. Nur wenige Wochen aber waren dem Ministerpräsidenten des Großherzogtums Hessen zur Beseitigung der ärgsten Schäden des bisherigen Absolutismus gönnt. Dringender heischte die deutsche Frage eine Lösung. Sie vorzubereiten, erschien bis in die Kreise der noch immer souveränen Regierungen die Unterordnung unter ein solches Gebot „nicht unpraktisch“, da auch ein „ständisches Parlament am Bundestag“ diese bisher höchste Behörde über den Haufen werfen könne, wenn sie nicht den Rückhalt in einer fester gefügten Einheit fände. Andernfalls drohte,

solange die deutschen „Vormächte“ das hart umkämpfte „monarchische Prinzip“ in der bisherigen Auslegung wahrten, „ein stetiger Unruheherd im Herzen Europas“; wiederum richteten sich aller Augen auf den Südwesten des Deutschen Bundes.

Hatte vordem Hans Christophs ältester Sohn Fritz Preußen angerufen, — jetzt übernahm es der jüngste der drei „politischen“ Brüder, der nassauische Ministerialrat Max, nach eingehender Aussprache mit dem Vater und Heinrich persönlich in Berlin die Kluft zwischen dem Staat Friedrichs des Großen und dem Süden, wo sich die liberalen Parteien den bestimmenden Einfluß erkämpft hatten, zu schließen. „Ohne Österreich aufzugeben“, sollten dem preußischen König Macht und Leitung, nach Umständen die Kaiserkrone zufallen, aber gerade dieser Plan schien überholt, bevor der Abgesandte sein Ziel erreichte. Nach dem Sturz des allmächtigen Metternich zeigte sich Wien für Max von Gagern, der nach den Erfahrungen des Kölner Kirchenstreits (1837) und nach dem eigenen Übertritt zum Katholizismus dem protestantischen Norden kühler gegenüberstand, ebenfalls zur Annahme des „Repräsentativsystems“ reif. In Berlin wieder erklärte Friedrich Wilhelm IV. nach den bewegten Märztagen, daß „Preußen fortan in Deutschland aufgehe“, und übernahm damit nach dem Sprachgebrauch des Vormärz den früher im Kreis der Brüder Gagern erörterten Wunsch, daß die Provinzen des größten „rein deutschen“ Staates in eigener Verwaltung und eigener Vertretung neben die übrigen Bundesglieder treten sollten.

In Wahrheit zog sich der König persönlich sehr schnell von dieser Auslegung zurück, ohne den Verzicht auch nur seinem Ministerium gegenüber auszusprechen. Diplomatische Verhandlungen erschienen, da sich die schwer angeschlagenen Regierungen kein eindeutiges Ziel zu setzen wußten, nutzlos. Nur in einer gemeinsamen Volksvertretung sah Heinrich von Gagern die Möglichkeit, die kaum gewonnene Freiheit durch Einheit zu sichern. Am Mittel- und Oberrhein, wo die Erinnerung an die unheilvollen Jahrzehnte der ersten französischen Revolution lebendig weiterwirkte, forderte die wiederum von Westen drohende Gefahr auch aus außenpolitischen Gründen einen festeren Schutz. Ihn zu schaffen, blieb dem neuen Ministerpräsidenten die unverzüglich in einer Verfassung verbürgte Verbindung Preußens mit dem Dritten Deutschland die nächste und wichtigste Aufgabe, ohne auch jetzt auf Österreich zu verzichten. Im Gegenteil: Um der gesamtdeutschen Überlieferung zu genügen, sollten beide Großmächte durch das künftige Parlament von ihrer wechselseitigen Eifersucht befreit werden, — so erläuterte Heinrich von Gagern sein künftiges „Programm“ vor der Darmstädter Kammer.

In der deutschen Tagespolitik dagegen suchte man auf zwei völlig verschiedenen Ebenen weiterzukommen: In Frankfurt traten aus eigenem Entschluß Träger der „öffentlichen Meinung“ zusammen; beim alten Bundestag sahen sich „Vertrauensmänner“ der Einzelregierungen zur Ausarbeitung einer Verfassung berufen. Als Vorsitzender dieses „Siebzehnerausschusses“ verbürgte Max von Gagern den Einfluß des älteren Bruders. Dieser selbst wußte im „Vorparlament“ Angriffe abzuwehren, die den Kampf um die künftige Staatsform von vornherein auf die Republik lenkten. Um trotzdem „demokratischen“ Forderungen zu genügen, lehnte man die nun von den Regierungen unter Vortritt Preußens angeregte Wahl einer Nationalvertretung auf „ständischer“ Grundlage

ab, weil eine auch nur teilweise aus den bisherigen Kammern hervorgegangene Versammlung Revolution und Anarchie hervorgerufen werde. Da für ein neues Wahlgesetz aber alle Unterlagen fehlten, begnügte sich der „Fünfziger Ausschuß“, der neben und über dem von allen reaktionären Persönlichkeiten „gereinigten“ Bundestag die Leitung übernommen hatte, mit dem Ausweg, daß jeder „volljährige, selbständige Staatsbürger wahlberechtigt und wählbar“ sei und hielt lediglich „im Prinzip“ die direkte Wahl für die zweckmäßigste. Zur Ausführung beließen es die Einzelstaaten fast durchweg bei der Einrichtung von Wahlmännern und legten damit den Durchbruch einer echten Volksvertretung für alle Landschaften des Deutschen Bundes lahm. Darüber hinaus lehnten im preußischen Großherzogtum Posen, in Böhmen und in anderen, kleineren Bezirken des österreichischen Kaiserstaats nationale Kräfte jede Zusammenarbeit ab. Um so lebhafter vollzog sich in Westen, Süden und Norden der Eintritt breiterer Volksmassen in eine neue politische Welt. Zum mindesten im Rhein-Main Gebiet verbürgten Ansehen und Persönlichkeit Heinrichs von Gagern der „öffentlichen Meinung“ Ruhe und Ordnung im Aus- und Aufbau einer neuen Zukunft.

Die erste deutsche Nationalversammlung als Vorbild

So lehrreich die „Säkulargesinnung“ unserer Tage vor einem Jahrzehnt immer neue Seiten der deutschen Revolution von 1848 in helleres Licht rückte, — daß bereits die Wahlen zu der in die Frankfurter Paulskirche berufenen Volksvertretung die bisherigen „Ständeversammlungen“ zu einem *Parlament* erhoben und damit erst „Einheit und Freiheit“ einer gemeinsamen Lebensstufe entgegenführten, wird allzu leicht übersehen. Was die westlichen Nachbarn Mitteleuropas in hartem Ringen nach und nach erkämpft, zunächst mit der *Zusammenfassung* ihrer staatlichen Kräfte die *Voraussetzung* geschaffen hatten, um in diesem Rahmen weiteren „Grundrechten“ eine Freistatt zu geben, sollte die friedliche Zusammenarbeit von Abgeordneten, die sich zumeist weder aus ihrem Berufsleben noch in einer bürgerlichen Gemeinschaft kannten, mit *einem Schläge* erreichen. Als daher am 18. Mai nach dem feierlichen Einzug in das reformierte, notdürftig umgebaute Gotteshaus ein Alterspräsident mit leiser Stimme das Wort ergriff, mußte man schon aus diesem Grunde, abgesehen von dem Druck einer im Vorparlament zurückgewiesenen radikalen Gruppe, um einen ruhigen Ablauf besorgt sein. Umso bedeutungsvoller zeigte sich am zweiten Tage die Wirkung einer starken; weithin anerkannten Persönlichkeit: Während auf Robert Blum, den volkstümlichsten Redner der Linken, verhältnismäßig wenige Stimmen fielen, übertrug eine überwältigende Mehrheit Heinrich von Gagern die Leitung. Sein Nachfolger im Amt, Eduard Simson, der 1871 noch den ersten Reichstag des Deutschen Reiches eröffnen sollte, hat es nachdrücklich betont, wie die diesem Präsidenten eigene Gabe der Rede und des Ausgleichs die Aussprache in ein ruhiges Bett leitete, ein Zusammenleben der nach den verschiedensten Wahlverfahren erkorenen Volksvertreter ermöglichte: „Es war, als wenn ein des Fahrens Kundiger die am Boden schleifenden Zügel ergriff.“

Die Scheidung der Geister dagegen ging anfangs recht langsam vor sich; oft genug zeigte sich zwischen Radikalen und Gemäßigten lediglich ein „Unterschied des Temperaments“. Da sich die Mehrheit zunächst in der ungewohnten Umgebung zurechtfinden mußte, in den ersten Wochen die Vorlagen fehlten, vereinigte man sich zwanglos vom „Donnersberg“ bis zum „Kaffee Milani“ in den Gaststätten Frankfurts, und wiederum gab, wie in den Anfängen der Bewegung, ein *europäisches Ereignis* den entscheidenden Anstoß für eine neue Ordnung.

Als im Juni 1848 in der zweiten französischen Republik ein sozialistischer Vorstoß blutig niedergeschlagen wurde, erschien auch in Deutschland die Zeit reif, der „Revolution“ ein Ende zu setzen, den Umbau zu beginnen. Nach langwierigen Verhandlungen, die nicht nur in den Klubs und im Plenum, sondern in gleicher Stärke zwischen den Beauftragten der Einzelregierungen und dem Präsidium der Paulskirche den Meinungsaustausch förderten, löste eine *provisorische Zentralgewalt* den Bundestag ab. Während man anfangs in allen Gruppen lediglich an ein Direktorium zu denken wagte, das in seiner Zusammensetzung weiterhin die geschichtlich gewordenen *Dreigliederung* Deutschlands zum Ausdruck bringen sollte, gab Heinrich von Gagern die entscheidende Wendung. Zunächst vorsichtig andeutend,

zeichnete er der Mehrheit den Weg vor, der neun Monate später mit der Wahl eines Kaisers der Deutschen jäh abbrechen sollte.

Sachlich wußte der „kühne Griff“, mit dem er die auseinanderstrebenden Meinungen auf Erzherzog Johann, den alten Kampfgenossen seines Vaters lenkte, „nicht weil, sondern obgleich er ein Fürst sei“, die Tradition des alten Reiches mit der Hoffnung einer jüngeren Generation zu vereinen. Nicht nüchternes Abwägen des Für und Wider jedoch führte zum Erfolg, weit stärker gewann die Überzeugungskraft, die auf dem Höhepunkt des parlamentarischen Kampfes der Rede des Präsidenten entströmte, zahlreiche Zweifler für seinen Plan. Als er die Erhebung des neuen Reichsverwesers in wenigen, tiefgefühlten Worten verkündete, war es, wie ein kluger Beobachter schrieb, „als ob für einen Augenblick ein Sonnenstrahl unter den finsternen Wolken hervorbräche, das erstarrte Leben des Vaterlandes zu erwärmen“. Dann aber hielt sich Heinrich klug zurück. Seinem Einfluß in den Vorbesprechungen der Fraktionen, die sich langsam aus den verschiedenen Klubs bildeten, tat eine solche Taktik keinen Abbruch. Eine „konstitutionell-monarchische Bundesstaatspartei“, die trotz der Gliederung in ein rechtes und linkes Zentrum dank ihrer zahlenmäßigen Stärke Vorlagen und Beschlüsse bestimmte, sah in ihm den anerkannten Führer. Ihr neigten mit Ausnahme des einzigen Fachministers, des preußischen Generals von Peucker, die Mitglieder des ersten Reichsministeriums der deutschen Geschichte zu. Enge Beziehungen zur Nationalversammlung zu pflegen, wurden ihnen parlamentarische Unterstaatssekretäre, zumeist nähere Freunde Heinrichs von Gagern, beigegeben. Seiner Leitung gelang es, den seit Jahrzehnten aufgestauten Redestrom einzudämmen. Jedes Urteil auch der Gegner hebt die achtungsgebietende Gestalt und Haltung des Edelmannes hervor.

Vornehmlich in den stürmischen Septembertagen, in denen die Entscheidung über einen von Preußen einseitig mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand zur höchst gefährlichen Kraftprobe wurde, bewährte sich seine Ruhe. Während eine aufgeregte Menge buchstäblich an den Pforten der Paulskirche rüttelte, zahlreiche Abgeordnete für ihr Leben fürchteten, hielt er die Aussprache über die zunächst in Angriff genommenen „Grundrechte“ in der gewohnten Bahn. Noch einmal hatte man die Gefahr eines Bürgerkriegs abgewandt. Als Ergebnis aber waren die Aussichten für die Erhaltung des „Obrigkeitsstaates“ in den Einzelländern gestiegen, die des nationalen Liberalismus auf den Übergang zu einem gesamtdeutschen Parlamentarismus gesunken. In diesem Sinne hat der erste, an sich gescheiterte Versuch einer sozialistischen Bewegung die weitere Entwicklung, vor allem die Führung der Paulskirche zum mindesten mitbestimmt, ohne den Ausschlag zu geben.

Auch von dem bislang „unparteiischen“ Präsidenten forderte ein erneuter Umbruch der Parteien ein politisches Bekenntnis. Ein zweiter „kühner Griff“ konnte, wie nähere und entferntere Freunde oft wiederholten, keine Entscheidung bringen. Der Erfolg des Sommers war ein einmaliges, durch Wille und Wort einer einzelnen starken Persönlichkeit erzwungenes Erlebnis gewesen. Während bislang lediglich die Linke sowie die äußerste Rechte des Parlaments die ihnen nahestehenden Abgeordneten an Vorbesprechungen, Anträge und Abstimmungen gebunden hatten, mußte sich nunmehr, da der Verfassungsausschuß nach und nach die wesentlichen Bestimmungen über die Zukunft des gemeinsamen Staates vorlegte, die Mitte entscheiden. Sie zu einer echten Koalition zusammenzufassen, kam, wie Bevollmächtigte der Regierungen sowie vertrauliche Briefe einmütig feststellten, nur Heinrich von Gagern in Betracht, der zeitweise bereit schien, sein hohes Amt mit der Führung der parlamentarischen Mehrheit zu vertauschen. Ihm selbst jedoch und zahlreichen Anhängern fehlte vorerst eine klare Auffassung über das zu erreichende Ziel. Unter den Einzelregierungen stand der österreichische Kaiserstaat mit seinen ungarischen, kroatischen und südslavischen, seinen tschechischen, italienischen, ruthenischen und polnischen Nebenländern vor einer schweren innerpolitischen Erschütterung; das „spezifische Preußentum“ hatte die Schwäche der Märztage überwunden und in einer eigenen „Nationalversammlung“ bereits die Forderung der provisorischen Zentralgewalt, das eigene Heer einer deutschen Führung zu unterstellen, scharf abgelehnt. Während sich Hannover und Bayern ebenfalls jeder Unterordnung widersetzen, suchten lediglich kleinere Staaten in Frankfurt Schutz vor einem völligen Umsturz oder vor einer „Mediatisierung“ durch die größeren Nachbarn, vor einer Wiederkehr also einer „Revolution von Oben“, deren Erinnerung aus den Anfängen

des Jahrhunderts durchaus lebendig war. Da die Abgeordneten der Frankfurter „Reichsversammlung“ in einem lebhaften Gedankenaustausch mit ihren Wählern blieben, bestimmten alle diese Hoffnungen und Bedenken die Aussprache in den Klubs, in den Ausschüssen und im Plenum.

Seit Ende September forderten die staatsrechtlichen Beziehungen der drei den Deutschen Bund bildenden Partner, Österreichs, Preußens und des dritten, konstitutionellen Deutschland, zu einer künftigen Gemeinschaft immer stärker eine Klärung. Bis sie erreicht schien, blieb Heinrich von Gagern seiner ersten Aufgabe treu, die Versammlung zu leiten. Erst im Oktober, als sich in Wien die Gegensätze zu einer neuen Krisis zuspitzten, ward knapp und klar „die Frage an Österreich“ gerichtet, ob es bereit sei, sich der Entscheidung des Parlaments zu unterwerfen. Auf neue bewährte sich des Präsidenten wunderbare, von deutschen Verehrern und auswärtigen Diplomaten gefeierte Gabe, eine bindende Formel zu finden. Vom Zauber einer „gebietenden Persönlichkeit und dem Vollgewicht sittlicher und geistiger Größe“ sprachen die Einen, von dem „geborenen Herrscher, dem das Gefühl für die mittlere Temperatur zwischen rechts und links eigen war“, die Anderen. Trotzdem versagten ihm, als er mit einem eigenen Antrag bei aller Anerkennung von Preußens „deutschem Beruf“ den bisherigen Bund mit Österreich aufrechterhalten wollte, zahlreiche Abgeordnete der Mittelstaaten sowie nahe Freunde die Gefolgschaft. Neue Schwierigkeiten mit Wien, wo man mit der Erschießung des Abgeordneten Robert Blum der deutschen Nationalversammlung ganz bewußt ihr parlamentarisches Eigenrecht absprach, führten zu einem weiteren Umbruch. Siegte in Österreich der alte, absolutistische Geist, so bot ein engerer Anschluß an Preußen den einzigen Ausweg. Dort die Lage zu sondieren, dem König das lockende Bild einer künftigen Führung vorzuzeichnen, eilte der Präsident der Paulskirche persönlich in die ihm völlig fremde Hauptstadt. Weder in ihrer Eigenart noch in ihrer spröden Zurückhaltung kannte und wertete der Herold deutschen Einheitsstrebens die von ihm umworbene Braut. Weite Kreise der Berliner Bevölkerung fanden sich mit der konservativen „Kamarilla“, die sich um Friedrich Wilhelm IV. scharte, im Stolz auf die große Vergangenheit Preußens und in der Abneigung gegen den von Frankfurt geforderten Verzicht zusammen. Auf beiden Seiten beobachtete man sich mißtrauisch im Geben und Nehmen.

Der Präsident des Parlaments übernimmt die Führung

Zu einem Abschluß war der von Ehrgeiz und Furcht hin- und hergerissene preußische König auf keinen Fall bereit. So verführerisch Gagern dem „Romantiker auf dem Thron der Caesaren“ die Absicht der von ihm zugesicherten Mehrheit schilderte, — ein Angebot der aus eigenem, nicht aus göttlichem Recht amtierenden Volksvertreter widersprach dem Selbstgefühl des Monarchen. Trotzdem erschienen dem Präsidenten der Paulskirche, den man persönlich sehr freundlich aufgenommen hatte, die nächsten Beschlüsse der Berliner Regierung nicht hoffnungslos. Da diese in einer neuen, lediglich für den eigenen Staat verkündeten Verfassung wesentliche Forderungen nach bürgerlicher Freiheit erfüllte, lehnte er eine einseitige Verurteilung des „spezifischen Preußentums“ ab: Gerade in Frankfurt müsse man sich Berlin unentbehrlich machen, um die Hilfe dieses Staates für die eigene Zukunft zu erkaufen. Als daher fast gleichzeitig die österreichische Regierung dem nach dem mährischen Kremsier verlegten Reichstag ebenfalls eine Neuordnung ihres Staates ankündigte und sich damit auf dessen europäische Unabhängigkeit zurückzog, hielt Heinrich von Gagern — schärfer als die unentwegten Anhänger eines Entweder-Oder — an der Notwendigkeit fest, z u n ä c h s t die beiden übrigen Werkstücke aus der Dreiteilung des Bundesgebiets zusammenzufügen, einer gemeinsamen Volksvertretung Raum zur Mitarbeit zu geben.

Mehr als zwei Monate hatte er mit der Wiederholung eines solchen „Programms“ gezögert. Dann erst zwang eine parlamentarische Niederlage des bisherigen Reichsministeriums dessen Leiter, den Österreicher Anton von Schmerling, zum Rücktritt und machte den Weg zur Endlösung frei. Am 18. Dezember stellte eine neue, in sich geschlossene Mitte in dem bisherigen Präsidenten ihren besten Mann heraus. Zur Leitung der Verhandlungen wurde nicht mehr ein Vertreter des südwestlichen Deutschland, das die Anfänge der Revolution bestimmt hatte,

sondern der streng monarchisch gesinnte Ostpreuße Eduard Simson berufen. Als Gegengewicht gab die Mehrheit den parlamentarischen Gepflogenheiten Westeuropas nach. Während im Sommer 1848 persönliche und innerpolitische Rücksichten weitgehend die Auswahl des verantwortlichen Reichskabinetts bestimmt hatten, übernahm zum ersten Male der Führer der stärksten Koalition die Regierungsgeschäfte. Als seine neuen Leitsätze für eine Unionsakte mit Österreich eintraten, dabei nachdrücklich die Aufrechterhaltung aller verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Beziehungen zu dem älteren Kaiserstaat vorbehielten, stellte sich Heinrich von Gagern nach dem Urteil des britischen Gesandten „den größten Staatsmännern zur Seite.“ In der „Reichsversammlung“ dagegen versagten sich, während dieser scharfsichtige und kritische Beobachter „die freie und gewaltige Auffassung der Verhältnisse Europas, Österreichs und Deutschlands“ bewunderte, nicht nur parteipolitische Gegner, sondern auch zahlreiche Verehrer und Anhänger solch umstürzenden Gedanken.

Umso drängender wurde die Werbung in- und außerhalb der Paulskirche. Hatte sich vordem bereits die Linke in demokratischen Märzvereinen die erste gesamtdeutsche Parteiorganisation aufgebaut, — jetzt folgte die Mitte, die eigentliche „Partei Gagern“, diesem Vorgang. Früher schon unterrichtete eine lithographierte Korrespondenz die Tageszeitungen in ihrem Sinne. Als weiteres wichtiges Sprachrohr erhielt die 1847 gegründete „Deutsche Zeitung“ eine neue Aufgabe. Mit ausgewählten Mitarbeitern, unter denen sich die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Karl Mathy und Friedrich Bassermann besonders betätigten, versuchte Heinrich von Gagern als Präsident des Reichskabinetts, als Außen- und Innenminister neben seiner schweren, amtlichen Belastung auf all diesen Gebieten die nach links und rechts auseinanderstrebenden Zentren bis weit in die Flügelgruppen auf ein gemeinsames Ziel hinzuführen. Standen in den Sitzungen des Gesamtministerium wichtige Tagesfragen zur Erörterung, wurden ganz planmäßig die Vertreter der befreundeten Klubs beigezogen. Diese wieder unterrichteten die eigenen Mitglieder und nahmen einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit den Nachbarfraktionen auf. Wenn man bedenkt, daß ein solches Zusammenspiel zwischen Regierung und Partei erst volle sieben Jahre später, auch dann in sehr beschränktem Ausmaß, seine Fortsetzung finden sollte, wird uns deutlich, wie schnell sich die Paulskirche nicht allein den großen Vorbildern des englischen und des französisch-belgischen Parlamentarismus anpaßte, sondern dessen Grundsätzen und Regeln einen neuen Ausdruck zu geben vermochte. Aus Briefen und Aufzeichnungen, Korrespondenzen, Zeitungen und Rechenschaftsberichten, wie sie zahlreiche Abgeordnete ihren Wählern und deren Lokalblättern übermittelten, leiht ein überreicher Stoff den an sich nüchternen Sitzungsberichten der Nationalversammlung farbiges Leben. Ihrer Sammlung hat sich jetzt die Abteilung Frankfurt des Bundesarchivs angenommen, ihre Auswertung sollte schon längst eine Ehrenpflicht des deutschen Parlaments bedeuten.

Zwischen Erfolg und Versagen

Dem verantwortlichen Ministerpräsidenten ging dabei die Beratung der Reichsverfassung, die Regierungen und Volk der Paulskirche als einzige Aufgabe gestellt hatten, viel zu langsam vor sich. Nüchterner als Heinrich von Gagern, der auch als „unparteiischer“ Präsident die Meinungsbildung in den ihm nahestehenden Klubs zu beeinflussen wußte, lehnte sein Nachfolger solch Ansinnen ab. Im Spätherbst 1848 stürzten sich die Abgeordneten, als die ersten Abschnitte der neuen Verfassung aufgerufen wurden, in den Streit über Umfang und Grenzen des Reiches und der Reichsgewalt. Immer dringender mahnte die Gefahr, daß fremde Mächte die Zukunft des von ihnen ein Menschenalter zuvor aus der Taufe gehobenen Deutschen Bundes bestimmten. In dramatischem Wechsel kreuzten sich außen- und innerpolitische Sorgen.

Hinter dem österreichischen Kaiserstaat, der zu Hause mit der Nachwahl von regierungsfreundlichen Abgeordneten, in Frankfurt durch die von Anton von Schmerling geknüpften Beziehungen einzuwirken wußte, erhob sich düster und drohend der russische Koloss. Während die zweite französische Republik die Bildung einer Zentralgewalt zunächst fast wohlwollend beobachtet hatte, zeichnete sich jetzt unter dem neuen, in einer Volksbefragung erhobenen Staatspräsidenten Louis Napoleon eine tiefe Abneigung gegen jedes deutsche Einheitsstreben ab. Als Nachfolger seines großen Oheims wußte der in Deutschland aufgewachsene

Prinz den Segen deutscher Ohnmacht für seinen vorerst zurückgehaltenen Ehrgeiz zu schätzen. England endlich, das bis zum Herbst die Arbeit des Reichsministeriums weitgehend unterstützte, war äußerst empfindlich geworden, als sich mit der Eingliederung Schleswig-Holsteins eine neue Großmacht vor die Pforten der Nord- und Ostsee zu setzen drohte. Im Inneren des Bundesgebiets endlich konnten sich die Einzelstaaten in ihrer Abwehr des Reichsgedankens immer stärker auf die öffentliche Meinung des eigenen Landes berufen. Je mehr sich hier ebenfalls bestimmte Grundregeln des konstitutionellen Staates durchsetzten, umso empfindlicher fürchteten die jetzt in der engeren Heimat zur Führung gelangten Parteigruppen Eingriffe oder auch nur den Wettbewerb eines gemeinsamen Parlaments. Wie in Österreich und Preußen schlossen sich in Bayern und Hannover, um die wichtigsten Mittelstaaten zu nennen, Linke und Rechte gegen die aus der Frankfurter Reichsverfassung drohenden Ansprüche zusammen. Da Heinrich von Gagern als Außen- und als Innenminister diese Gegensätze besonders deutlich spürte, wünschte er umso dringender, in kürzester Frist das selbstgesteckte Ziel zu erreichen. Die Volksvertretung dagegen nahm sich Zeit.

Von unpraktischen, weltfremden „Professoren“, die der neuen Aufgabe nicht gewachsen waren, wird eine tiefer schürfende Parlamentsgeschichte für diese Monate nicht mehr sprechen dürfen. Mit Anträgen und Amendements, Zusätzen und Änderungswünschen, namentlichen Abstimmungen und all den anderen Kampfmitteln, die die sorglich gehütete Geschäftsordnung den Parteien freigab, suchten nicht allein die für die Republik eintretenden Gruppen als zunächst einzige Opposition, suchten vor allem Abgeordnete der bisherigen Mitte, die sich unter einem „großdeutschen“ Banner in einer Zweckverbindung fanden, die Auseinandersetzungen zu verschleppen. Bis ins Einzelne zeigten sich Führer und Sprecher der jetzt feiner profilierten Fraktionen der neuen Taktik gewachsen. Vergebens stellte sich der Ministerpräsident ab und an persönlich den Gegnern. Auf Freund und Feind wirkte es erschütternd, als sich der Meister der parlamentarischen Pflicht in innerlicher Entrüstung zu einer beleidigenden Bemerkung hinreißen ließ und den damit fälligen Ordnungsruf des Präsidenten willig hinnahm. Oft genug, so erzählte man sich, litt es ihn nach endlosen Abstimmungen und einem nach seiner Ansicht hohlen Geschwätz nicht auf der Regierungsbank: ins Leere starrend, lehnte er dann im Hintergrund an einer Säule. Auf den Seufzer eines Freundes: „O, es ist zum Sterben“, antwortete er mit tiefer, tonloser Stimme: „Ich bin schon gestorben“. So furchtbar empfand er den Niedergang eines Lebens, das ihm einst als Höhepunkt politischen Wirkens gegolten hatte.

Im Endkampf der Paulskirche

Erst allmählich, begünstigt durch ein sichtbares Entgegenkommen der preußischen Regierung, wuchsen den Leitsätzen vom engeren und weiteren Bund neue Anhänger zu. Als sich gleichzeitig die Beratung der Reichsverfassung dem Ende näherte, war dem vom zuständigen Ausschuß vorgelegten Entwurf trotzdem kein voller Sieg beschieden. Für die konstitutionelle Bundesstaatspartei begleiteten Verzicht auf Verzicht den schwer errungenen Ausgleich. Bereits Anfang März zeigte sich der Staatsmann, dem Kaiser und Reich nicht anders wie Einheit und Freiheit seit seinen Jugendtagen eng verbundene, unlösbar verkettete Begriffe waren, bereit, auf den Kaisertitel zu verzichten, um die Bedenken Friedrich Wilhelms IV. sowie die Abneigung Österreichs und der Mittelstaaten zu vermindern. Erst als man in Wien eine in den Augen des Liberalismus rückständige Verfassung für den eigenen Gesamtstaat verkündete und im Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, die Lombardei und Galizien sowie Ungarn und seine Nebenländer in die Waagschale warf, schlug ihm dieser neue Staatsstreich die Vermittlung aus der Hand. In höchster Bestürzung suchten bisherige Gegner dem vorliegenden Entwurf der Reichsverfassung zur schnellen Annahme zu verhelfen. Auch dieser parlamentarische Gegenzug jedoch zerbrach an der Geschäftsordnung, die mit gutem Bedacht eine längere Anlauf- und Bedenkzeit forderte, er zerbrach vor allem an der Eifersucht und der Linientreue, wie wir sagen würden, der Fraktionen. Vergebens bot Heinrich von Gagern noch einmal seine große Beredsamkeit auf, die im Vorjahr so glänzende Erfolge erzielt hatte. „Wie er dastand“, umschreibt ein bayrischer Abgeordneter, der sonst sehr sachlich das Für und Wider in der Presse und in vertraulichen Briefen besprach, sein Auftreten, „wie ein

Löwe, den die Hunde anklaffen. Es war herrlich.“ Um daher weiterem Feilschen ein Ende zu bereiten, kam es zu einem Kompromiß.

Bis weit in ihren republikanischen Flügel hinein stimmte die Linke der vorliegenden Verfassung und damit dem Einsatz des Kaisertums zu; als Ausgleich nahmen die Zentren die Gegenforderung an, die für die Wahlen zum Volkshaus, der Abgeordnetenkammer des Reichstags, jedem unbescholtenen Deutschen mit dem fünfundzwanzigsten Lebensjahr das allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahlrecht zusprach. Die persönliche Unterschrift Heinrichs von Gagern, der sich bisher lediglich zur Zulassung der nach der Auffassung des vormärzlichen Liberalismus durch Besitz und Bildung reifen Bevölkerungskreise bekannt hatte, gab einer solchen Abmachung das bedeutsamste Gewicht, setzte zugleich freilich den Parteiführer schweren Angriffen seitens alter Anhänger und Freunde aus. Wenn wirklich, wie es die letzten Jahrzehnte deutscher Parteigeschichte des öfteren bestätigt haben, ein wechselseitiger Verzicht Sinn und Zweck des Parlamentarismus bedeutet, so lieferte die vielbefeindete Paulskirche in ihrer angeblich wirklichkeitsfremden Einstellung das erste, klassische Beispiel.

Daß der Vertrag von beiden Partnern als ein kurzfristiges Zugeständnis angesehen wurde, beide von der künftigen Entwicklung einen grundlegenden Umbau erwarteten, die Linke von der Erblichkeit der monarchischen Spitze zur Wahl eines Staatspräsidenten übergehen wollte, ihre Gegner das Wahlrecht schon im nächsten Reichstag abzuschaffen hofften, zeigte hier wie dort die Schwere einer solchen Entscheidung. Jetzt erst war der letzte Schritt wohl vorbereitet. Am 28. März 1849 schloß eine verschwindend geringe Mehrheit mit der Wahl König Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiser der Deutschen die Verhandlungen ab.

Nicht den Fraktionen der Paulskirche allein war der Erfolg zuzuschreiben. Im stärksten Maße hatten Persönlichkeit und Ansehen Heinrichs von Gagern auch in dieser Phase den Gegensatz der Parteien gemindert, den Widerstreit der Meinungen, die in ständigem Fluß waren, überwunden. In dieser Auslegung aber ist das unter seinem Namen in die Geschichte eingegangene „Programm“ durchaus zeitbedingt gewesen. Im gleichen Augenblick fast, da er das Ziel seines Strebens in greifbarer Nähe sah, hatte dieses für eine große Zahl der eigenen Gefolgsleute einen neuen Inhalt erhalten. Ein im besten Sinne europäisch gedachter Plan sollte für sie zur Hegemonie des preußischen Staates in einem enger begrenzten Deutschland und damit zu einer Absage an Österreich führen. Wohl blieben, als der von dem Präsidenten der Paulskirche persönlich umworbene preußische Herrscher die von einer Volksvertretung angebotene, nach seiner Ansicht „aus Dreck und Letten gebackene“ Krone ablehnte, die Ideen des Parteiführers und des Staatsmanns eine Zeitlang noch im Kampf gegen den Eigennutz der Einzelstaaten wirksam. Das erste deutsche Parlament aber verlor, als er am 10. Mai 1849 die Leitung des Reichsministeriums niederlegte, seine historische Größe.

Vergebens hatte sich der leitende Staatsmann in der „Alternative: Resignation oder Revolution“ für die zweite Möglichkeit ausgesprochen. Die für ihn allein gültige Voraussetzung, nach der freiwilligen Auflösung der Nationalversammlung „mit gesetzlichen Mitteln“ die Reichsverfassung durchzuführen, war nicht gegeben. Da ein Aufruf an das Volk, wie ihn Heinrich von Gagern in den letzten Sitzungen seines Ministeriums gefordert hatte, lediglich einen neuen, nunmehr blutigen Bürgerkrieg entfesselt hätte, zog er den Vorschlag zurück und legte sein Mandat auch als Abgeordneter nieder.

Wiederum hat der britische Gesandte in Frankfurt in größerer Schau aufs lebhafteste bedauert, daß „die deutschen Fürsten einen solchen Mann nicht besser verstanden.“ Als Staatsmann, fügte er hinzu, „hat er noch viel zu lernen und muß damit beginnen, seine eigenen Landsleute besser zu verstehen. Er tritt ins Privatleben zurück, begleitet von der Achtung aller, die sich ein angemessenes Urteil über seinen Charakter bilden konnten, auch wenn sie seine politischen Ansichten ablehnten.“ — Über die Versammlung in Gotha, die Bruder Max vorbereitet hatte, und über das in Erfurt zusammentretende Nachparlament, das Heinrichs Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl der Paulskirche, Eduard Simon, zur Leitung berief, ging der Weg in die einsame Welt des geschlagenen Kämpfers.

Wandlungen der Spätzeit

Bevor der einstige „Waterloo-Mann“ persönlich auf eine Mitwirkung an der Sicherung des Erreichten verzichtete, bewies ein kurzes Zwischenstück den ungeheuren Ernst der vaterländischen Gesinnung, die den Knaben freiwillig in die Befreiungskriege, den Jüngling zur Begründung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft, den Mann auf die Höhe der Volksgunst und an die Spitze der ersten Reichsversammlung geführt hatte. In anderer Weise, als es Freund Lornsen im Vormärz erhoffte, aber in dessen Sinn war er bereit, nunmehr das ihm anvertraute „Vermächtnis“, den Kampf um die Nordmark, durchzuführen. Als im Sommer 1850 das Erfurter Parlament erfolglos endete, das Schwergewicht innerpolitischer Verhandlungen von der Vertretung des Volkes in die Amtsstuben der Regierungen verlegt wurde, erschien in Schleswig-Holstein auch der äußere Bestand des Deutschen Bundes bedroht. Schlimme Nachrichten von den in Jütland stehenden Truppen, denen Preußen nur halbe, ungerne gewährte Hilfe leistete, mahnten den vormaligen nassauischen Unterleutnant zur Tat. „Nicht in der romantischen Idee eines ritterlichen Hilfszugs, noch in dem Glauben, als ob sein Arm entscheidend wirken könne,“ verließ er nach seinem eigenen Bekenntnis Familie, Haus und Herd: „der Nation und insbesondere seiner Partei wolle er den Weg zur Pflicht weisen.“ Der Widerstand der großen Mächte, deren Druck sich der größte „rein deutsche“ Staat unterwarf, vereitelte den letzten Versuch, mit der engeren Bindung der „ewig ungedeelten“ Herzogtümer an eine deutsche Staatengemeinschaft diesen ersten, für die Zeitgenossen wesentlichen Erfolg der Revolution von 1848 zu behaupten. Verraten und verloren wich man der Gewalt. Zur Rückkehr an den Rhein mußte der einstige „Herold der Paulskirche“ auf weiten Umwegen das polizeiliche Aufgebot umgehen. Kein Wunder, daß sich der Parteiführer und der Staatsmann vorerst jedenfalls „völlige Enthaltensamkeit von jeder Aktion und jedem öffentlichen Wirken“ vornahm. Nur in der Stille verfolgte er aufmerksam das deutsche und europäische Geschehen. Daß die geistige Revolution, die er an führender Stelle in parlamentarische Bahnen geleitet und damit ihrer Gefahr für Bestand und Ordnung entkleidet hatte, nicht unwirksam gemacht werden konnte, war auch ihm bewußt. Jede Bewegung dieser Art „wirkt in den Tiefen fort, auch wenn sie von einer neuen Welle abgelöst wird“.

Alte und neue Lösungen der deutschen Frage

Wie früher, scharten sich nunmehr in Heidelberg zahlreiche ältere und jüngere Freunde um den einstigen Führer. Ihre Gespräche kreisten um die Vergangenheit, gingen zögernd in die Zukunft und mieden die unerfreuliche Gegenwart. 1854 bot der Krimkrieg Preußen wie Österreich, nicht aber dem Deutschen Bund, einen neuen Halt, maßgeblich in die Weltpolitik einzugreifen. In enger Zusammenarbeit mit dem ebenfalls aus dem Staatsdienst ausgeschiedenen Max von Gagern traten für Heinrich Persönlichkeit und Gedankengänge des Bruders Fritz in das Licht erinnerungsschwerer Vergangenheit. 1856 wurde das dreibändige „Leben des Generals Friedrich von Gagern“ veröffentlicht, zugleich gab sich der Verfasser darin ganz persönlich Rechenschaft über das eigene Denken und Wollen. Als historische Quelle fordert das Werk eine sorgliche Scheidung zweier Lebensläufe, von Tatsachen und Urteil. Wie in den Aufzeichnungen anderer „Achtundvierziger“ beherrscht das Gefühl enttäuschter Hoffnungen, die tiefe Trauer um verlorene, vergeblich umkämpfte Ideale Inhalt und Fassung. Den Glauben, daß „Deutschland nur gedeihen könne, wenn seine Einheit der Reaktion zum Trotz Tatsache werde,“ ließ sich Heinrich von Gagern auch jetzt nicht rauben. Preußen, das ihm in seiner Regierung und in seinem Herrscher so wenig Dank entgegengebracht hatte, traf in harten Worten der Vorwurf der Unbeständigkeit und der Untreue, ohne daß die einstige Liebe zu unversöhnlichem Haß herabsank. Die deutsche Politik Österreichs dagegen, das dem Lieblingsbruder Max eine neue Heimat bot, fand in weitem Maße Verständnis. Hatte bereits der Präsident der Paulskirche die kulturelle und wirtschaftliche Mission des deutschen Südostens mit Nachdruck verteidigt, so trat ihm nunmehr, weit schärfer als den alten Freunden im Norden und Südwesten, die Bedeutung gerade dieser Aufgabe für die gemeinsame Zukunft vor Augen.

Auf jeden Fall, so lautete die Überlegung, machte der Abschluß der im Krimkrieg ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen dem Westen

und Rußland für beide deutsche „Vormächte“ den Weg frei: „Welche von ihnen in Übereinstimmung mit der Gesinnung der Nation sich befinde, dem würden diese Sympathien um so lebendiger und wärmer entgegenkommen, je mehr die andere zurückbleibt!“ Jetzt, da sich Name und Begriff der „Realpolitik“ in der öffentlichen Meinung durchsetzten, forderte die außenpolitische Ohnmacht, die das sog. dritte Deutschland aus dem europäischen Konzert ausschloß, die Einheit unter einer starken Führung — sie erst verbürge die aufs neue gefährdete Freiheit. Wie bei jeder früheren Erschütterung des deutschen Weltbildes hatten sich die Klein- und Mittelstaaten mit ihrer hochgepriesenen „Repräsentativverfassung“ unfähig erwiesen, auch nur die eigene Sicherheit zu verteidigen. Nach dem Fehlschlag der deutschen Revolution erfuhr der vordem nur gelegentlich erhobene Gedanke an einen *Dualismus* neuen Auftrieb; völlig gleichberechtigt sollten Österreich und Preußen die Leitung übernehmen. Ihre Zwistigkeiten auszugleichen, ward einem *Nationalparlament* überragende Bedeutung zuerkannt, — ohne daß die zahlreich vorliegenden Denkschriften Heinrichs von Gagern auf dessen Zusammensetzung einzugehen brauchten. Der Vorwurf eines „Abfalls“, den nahe Freunde im Hinblick auf frühere Pläne ihres Parteiführers erhoben, ist in keiner Weise begründet, wohl aber hatte sich die Welt um ihn gewandelt. Auch bei leidenschaftlichen Anhängern, die in ihm ein unvergeßbares Vorbild gesehen hatten und nun wiederum Weisung und Auftrag erwarteten, rückten andere Fragen stärker in den Vordergrund. Nicht allein in Norddeutschland hatte man die Enttäuschung über das Versagen der Berliner Regierung überraschend schnell überwunden, auch im Südwesten kehrten zahlreiche Parteigänger des Liberalismus zu einer Überzeugung zurück, die dem preußischen Staat den Vorzug gab, die Forderung einer Volksvertretung an die zweite Stelle verwies, vor allem jede Bindung an Österreich ablehnte. In diese wesentliche Umerziehung der Geister, die die „kleindeutsche“ Geschichtsbetrachtung bis in den ersten Weltkrieg beherrschen sollte, traf 1859 von innen wie von außen ein bedeutsamer Anreiz. Aufs neue erzwang die deutsche Frage eine weitgehende Umgruppierung der Parteien.

Während auf den Landtagen der Einzelstaaten Konservative, Liberale und Demokraten sowie Mitglieder neuer, katholischer Fraktionen um die Mitarbeit an der Gesetzgebung rangen, verbanden und trennten im weiteren Bereich die Begriffe kleindeutsch und großdeutsch die Träger der öffentlichen Meinung. Als man 1859 in Berlin jede Hilfe für den österreichischen Nachbarn in dessen schwerem Kampf mit den westlichen Kontinentalmächten an Bedingungen knüpfte, übernahm die Regierung des Prinzregenten, des späteren Königs und ersten Kaisers, für die Einen die Nachfolge Friedrichs des Großen; den Anderen bedeutete dies Handeln einen Verrat an der einst vom „Reich“ getragenen Schicksalsgemeinschaft. Innerpolitisch kam hinzu, daß die anfangs hoffnungsfreudig begrüßte „neue Ära“, wie einst die Anfänge Friedrich Wilhelms IV., jäh abbrach und in eine Wiederkehr des alten, konservativen Regiments einzumünden drohte; Österreich dagegen schien gleichzeitig (1861) unter Leitung Antons von Schmerling, des 1848 bewährten Reichsministers, den Weg zu einer fortschrittlichen, in der deutschen Revolution vorgezeichneten Ordnung einzuschlagen. Beide Motive klangen auf, als sich zahlreiche Abgeordnete der Paulskirche, aller früheren Bindung zum Trotz, in grundsätzlich verschiedenen Lagern um die Verwirklichung von Einheit und Freiheit bemühten. Als Träger einer preußischen Lösung begrüßte man im „Nationalverein“ den Hannoveraner Rudolf von Bennigsen als einen „zweiten Gagern“. Nicht nur in der großen Wende der Bismarckschen Politik, die sich seiner Hilfe zur Gewinnung Deutschlands bediente, — bis in den ersten Weltkrieg gab der Erfolg den „kleindeutschen Geschichtsbaumeistern“ recht. Heute, da wir mit anderen Augen das letzte Jahrhundert übersehen, heischt auch das sieglose Streben, dem sich der erste Präsident der Paulskirche in einem großdeutschen „Reformverein“ verpflichtete, Aufmerksamkeit und Achtung. Die älteren Gedankengänge, daß sich in dieser letzten Gruppenbildung „im Gefolge Österreichs“ lediglich unversöhnliche Partikularisten, „Ultramontane“, allenfalls gutgläubige Träumer von einer Wiederkehr mittelalterlicher Herrlichkeit zusammenfanden, hat bereits der Wiener Historiker Heinrich von Srbik widerlegt. Ganz verschwunden sind sie auch heute nicht und fordern eine weitere Auseinandersetzung heraus.

Selbst Bismarck hat, wie zuletzt noch der jüngst verstorbene Kieler Historiker Otto Becker nachzuweisen wußte, in den Jahren der Reichsgründung mehrfach an einen „Dualismus“ in der Führung Deutschlands gedacht. Vor dem 1866 ausbrechenden Kampf bot er eine solche Zwischenlösung an, um dann erst, als sich Österreich versagte, mit dem gleichen Wahlgesetz, das 1849 einem parlamentarischen Kompromiß und damit einem weitgehenden Verzicht der „Partei Gagern“ sein Dasein verdankte, den letzten Trumpf auszuspielen. Während diese Möglichkeit dem letzten Kabinettspolitiker ganz großen Stils lediglich eine Hilfsaktion bedeutete, behielt sie für Heinrich von Gagern in vertraulicher Niederschrift und in einem regen Briefwechsel ausschlaggebende Bedeutung. Nur mit einem *g e m e i n s a m e n P a r l a m e n t* erschien ihm eine Zweiteilung im mitteleuropäischen Raum sinnvoll, ohne daß der geschlagene Parteiführer einzugreifen vermochte. Der letzte amtliche Auftrag, mit dem der einstige Ministerpräsident 1863 in den Dienst der engeren Heimat zurückgekehrt war, als Gesandter des Großherzogs von Hessen dessen großdeutsche Politik in Wien zu vertreten, sowie seine erneute Wahl in den Darmstädter Landtag gaben keine Möglichkeit zu eigener politischer Tätigkeit. Als Abgeordneter ist er nicht hervorgetreten, als Diplomat mußte er von hoher Warte zusehen, wie sich die Klein- und Mittelstaaten im Bunde mit Österreich vergebens widersetzen, als der Antrag Bismarcks auf Berufung eines deutschen Parlaments das unvergessene Grundproblem der deutschen Revolution in die Tat umsetzte.

In kluger Berechnung weckte jetzt der führende Staatsmann Preußens die Erinnerung an die erste Nationalversammlung und an das von ihr beschlossene Werk. Wie die Mehrzahl der früheren Freunde war Heinrich von Gagern ihrem Zauber verfallen. Den Glauben an die Ehrlichkeit dieser Werbung und an ihren Erfolg brachte er zunächst nicht auf. Bis zum letzten Augenblick hielten ihn Neigung und Pflicht auf der österreichischen Seite. Erst der Sieg auf dem Schlachtfeld gab dem Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland einen unerwarteten Abschluß. Wie viele der alten Kampfgenossen empörte sich das Rechtsgefühl des überzeugten Volksvertreters über „den herabgekommenen Zustand Europas, das die Gewalttätigkeit seiner kleinsten Großmacht widerstandslos ertrug.“ Nur sehr langsam wurde ihm, der auch den Gegner anzuerkennen wußte, der Kanzler des neuen Norddeutschen Bundes in vertraulichen Briefen und Aufzeichnungen mehr und mehr zum Vollstrecker eigener Ideale. Oft genug hatte auch die liberale Opposition bereits im Vormärz und in den verschiedenen Phasen der Revolution „Blut und Eisen“ zur Lösung der deutschen Frage gefordert. Zugleich jedoch nahm Heinrich von Gagern, um den Zusammenschluß von Süd und Nord erfolgreich zu gestalten, wie es Bruder Fritz vierzig Jahre früher vorgezeichnet hatte, als unabweisliche Voraussetzung den Gedanken auf, daß ein gesamtpreußisches Parlament hinter den Provinziallandtagen zurücktreten müsse. Nur eine starke *d e u t s c h e* Volksvertretung konnte nach seiner Meinung der innerpolitischen Gefahr eines vom „spezifischen

Preußentum“ beherrschten Reiches sowie der außenpolitischen Eifersucht Österreichs entgegentreten.

Erst später, als im Sommer 1870 der befürchtete und erwartete Kriegsausbruch eintrat, war der vormalige Präsident der Paulskirche zu weitgehendem Verzicht bereit, falls sich jeder deutsche Staat in freier Mitarbeit seiner Pflicht im Dienste der Nation bewußt werde. Auch diese Voraussetzung ließ er nach der feierlichen Verkündung von Reich und Kaiser fallen. Die amtliche Eröffnung des neuen „Reichsgesandten“ in Wien, daß man in Berlin „wohl eingedenk sei, welches Verdienst dem einstigen Herold der Paulskirche um die neue Gestaltung Deutschlands eigne,“ lockte den Siebzigjährigen zu nachdenklicher Rückschau. Ein stiller Vorbehalt erhoffte von der weiteren Entwicklung eine größere Wirksamkeit der neuen Volksvertretung, für deren ersten Reichstag er ungerne auf einen Sitz verzichten mußte.

Abgesang

Als 1872 die Mittelstaaten zu Gunsten des Reiches ihre diplomatischen Vertretungen im Ausland verloren, trat Heinrich von Gagern endgültig aus dem Dienst der engeren Heimat zurück. Vorbereitung und Grundsätze des bald darauf mit neuen Kräften erstrebten „engeren und weiteren Bundes“ im mitteleuropäischen Raum verfolgte er eifrig. Als Bruder Max ihm im Herbst 1879 aus Wien den Vollzug der neuen Allianz verkündete, begrüßte er auch diese Lösung. Der Reichskanzler, mit dem er einst als Wortführer der Erbkaiserlichen im Erfurter Volkshaus die Klagen kreuzte, legte die neue Vereinbarung als eine „Verwirklichung Gagernscher Träumereien, als eine organische, von den Launen des Regenten unabhängige Verfassung“ aus. Erreicht hat das Wort Heinrich nicht mehr, auch wenn es für ihn bestimmt war. Am 22. Mai 1880 erlöste ein sanfter Tod den unermüdlichen Kämpfer. Ein Staatsmann zu werden, dazu hat ihm das kleine Land, dem er diente, keine Möglichkeit gegeben. Um so bedeutsamer eröffnet sein Name nicht allein die Reihe der Männer, die in ihrer Persönlichkeit die verschiedenen Perioden des deutschen Parlamentarismus verkörpern, — weit darüber hinaus zeigt sein Schicksal, wie schwer die Anfänge waren, wie in der Revolution des Jahres 1848 eine Volksvertretung das große Werk zu meistern suchte, Einheit und Freiheit aus eigener Kraft zu erringen.

Anmerkungen:

Berendsohn, Walter A., Dr. phil., geb. 10. September 1884 in Hamburg, jetzt Professor für deutsche Literaturwissenschaft in Stockholm.

Wentzcke, Paul, Dr. phil., geb. 4. September 1879 in Koblenz, 1904 Kaiserlicher Archivar in Straßburg, 1912 bis 1933 Archiv- und Museumsdirektor der Stadt Düsseldorf, dann Honorarprofessor an den Universitäten Köln, Heidelberg sowie bis jetzt Frankfurt.

Thielicke, Helmut, D. Dr. phil., o. Universitätsprofessor Hamburg, geb. 4. Dezember 1908 in Barmen.

Prof. Dr. Hans Wenke ist nicht, wie in B XIV/56 auf Seite 232 vermerkt, Senator in Bremen, sondern in Hamburg.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 4,50 pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Kundler/Rufer: „Das öffentliche Informationswesen
in der Sowjetzone Deutschlands“
- Wolfgang Leonhard: „Der 20. Parteitag in Moskau
— eine Analyse“
- Walter A. Berendsohn: „Probleme der Emigration
aus dem Dritten Reich“
- Wolfgang Finkelburg: „Naturwissenschaft und Schule im
geistigen Leben unserer Zeit“
- Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“
- Theodor Litt: „Der freie Mensch in der
versachlichten Welt“
- ... „Urkunden zur Judenpolitik
des Dritten Reiches“
-
-